

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Mai 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaarte Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 52

Tariffragen

Eine kritische Stimmung in Gehilfenkreisen über die Tarifgemeinschaft haben die Novemberereignisse unteugbar zur Folge gehabt. Allerdings blickt man dabei zu sehr durch die Brille, die seit jenen Tagen eine objektive Beurteilung der Entwicklung bis dahin so sehr schwer werden läßt. Als ob der Hochdruck der Papiergeldwirtschaft mit ihren vielen, durchaus ungefaßten Folgererscheinungen der Inbegriff des neuen Deutschland, des den Obrigkeitstaats abgelösten Volkstaats wäre! Als ob nicht bis zum Novemter ideale Erruenschaffen zu verzeichnen sind, die neben dem, was seitdem aus dem Brüdenkessel hervorbrodelte, sich doch wohl leben lassen können! So warmherzig man den Umschwung begrüßen soll, vor seiner weiteren Gestaltung aber erst eine wirklich bessere Welt erwarten darf, ebenso sehr muß man sich davor hüten, den von unsrer Tarifgemeinschaft genommenen Aufbau als etwas ganz Unzulängliches hinzustellen.

In diesen Fehler sind die Kollegen Seiermann (Böckum) und Kofke (Neuhölln) mit einer Wucht verfallen, die zum großen Teil sich aus dem letzten Mitteilungsblatt. Kollege Preiber in Berlin-Nickensberg und R. G. in Leipzig sind als kritische Helfer zweiter Ordnung aufgetreten. Dagegen haben seit dem 20. März (Erscheinen des Preiber'schen Artikels) neue Kollegen die Tarifgemeinschaft an sich kräftig behauptend in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gerückt; da zu dem Pro auch die vielen Artikel mit Spezialwünschen zur Tarifausschubstufung gerechnet werden müssen, wäre also die Mehrheitspartei stark überwiegend. Das entspricht auch dem allgemeinen Standpunkte, wie er durch die Würzburger Generalversammlung letztmalig ja so einmütig zum Ausdruck kam.

Wir haben schon an einigen Beispielen in voriger Nummer gezeigt, daß die Gedanken des Kollegen Seiermann dünn ausgewalzt sind. Der Kollege George (Nr. 49) hat ohne Kenntnis des Seiermann'schen Artikels sehr richtig angeführt, daß die Lohnfestsetzung nur ein Teilgebiet des Arbeitsverhältnisses und seiner tariflichen Regelung ist, und daß gerade in Rheinland-Westfalen es jahrzehntelang recht schwer gehalten hat, die materiellen tariflichen Forderungen allgemein zur Einführung zu bringen. In der Ara der rheinisch-westfälischen Sonderartile war die Gehilfenchaft dort eben von einer recht anderen Verfassung, als sie Seiermann jetzt sieht. Wir haben 1892 nach unsrer schweren Niederlage die Tarifgemeinschaft fallen gelassen, um nichts als einen totalen Niedergang der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Damals streikten und lebt mit reichem Entschluß und in „Stimmungsvoller“ Massenumgebung drilliche Forderungen nur so aus dem Handgelenke purzeln lassen, das sind gar grobe Unterthiede. Seiermann, der die früheren Verhältnisse allem Anscheine nach gar nicht nach der Kaufkraft des Geldes beurteilt, was doch aber von grundlegender Bedeutung ist, wüde an einem einzigen Beispiel erleben, daß es nicht gut ist, die Sachen bei der Kritik gar zu sehr aufzublasen. Während nämlich laut Seiermann die Tarifgemeinschaft überhaupt noch nichts gefaßt hat, erklärte die gewiß nicht tarifgemeinschaftsfremdliche „Leipziger Volkszeitung“ im Sommer 1917, vor dem Kriege hätten die Buchdrucker zu den bestbezahlten Arbeitern gehört, und ihre Erlöse konnten sich auch sonst leben lassen. Nun ist doch die „R. V.“ wahrhaftig nicht eine Stelle, die den Buchdruckern zuliebe einmal ihr kritisches Bedürfnis ügeln könnte. Wenn man sich aber hinsetzt und für den „Korr.“ eine Epistel gegen die Tarifgemeinschaft schreibt, dann darf man sich dabei nicht so weit wagen, daß sogar erklärte Gegner aus andern Kreisen mit einer sachgemäßen Meinung ausgespielt werden können. Mit den übrigen Kritikern haben wir uns zum Teil schon früher beschäftigt, den neueren kann das Seiermann Ge sagte auch mit dienen.

Ein Berliner Kollege (R. B. in Nr. 50) hat kurz, aber in so temperamentvoller Weise über das Mitbestimmungsrecht geschrieben, daß wir doch daran erinnern möchten, wie sehr unsre Tarifgemeinschaft in weitesten Internehrer-

kreisen ehemals verhaßt gewesen ist wegen ihrer dem Herrenstandpunkte so gefährlichen Tendenz. Es sei in dieser Hinsicht weiter gesagt, daß tarifgemeinschaftliche Einrichtungen, wie die paritätischen Arbeitsnachweise und die Schiedsgerichte, deren gute Wirksamkeit und Einlebung doch außer allem Zweifel stehen, den Buchdruckern auch von der übrigen Arbeiterchaft als höchst erstrebenswerter Fortschritt anerkannt worden sind. Auch das Vertrauensmännerwelen, so unvollkommen es noch war, und die im Tarif ausgesprochene Organisationsfreiheit gelten bei andern Gewerkschaftsgenossen mehr als vielfach in unsern Reihen, wo man diese weniger äußerlichen Erfolge meistens als Selbstverständlichkeiten betrachtet. Wir wissen wohl, der Berliner Kollege geht weiter in seinen Anforderungen an das Mitbestimmungsrecht, aber man soll sich nicht zu sehr von der Tageskonjunktur und dem Beispielen von andern (Angelegten, Bankbeamten) täuschen lassen, die mit Surra jetzt erst in die Arena steigen, sondern von dem selbst Erreichten aus weiter vorwärts drängen. Der Berliner Kollege wird uns so an seiner Seite finden, das Mitbestimmungsrecht wesentlich größer zu gestalten.

Mitbestimmungsrecht wäre es gewesen, das kritische Bedürfnis hätte sich in der letzten Zeit mehr gegenseitig zugewandt. Es ist so mancherlei vorgegangen unter Formen, die nicht zu billigen sind. Das Rebellieren des leeren Magens und wegen der Herunterwirtschaftung durch die Kriegsverhältnisse kann man wohl verstehen, obwohl demjenigen, der auch die Nothdreyer der andern Arbeitergruppen verfolgen kann und so vernimmt, daß auch sie immer unter Verulung auf die angeblich bessere Lage der andern erfolgen, manchmal der Kopf darüber brummt. Es haben sich aber noch Erscheinungen gezeigt, die unter keinen Umständen bei uns zu billigen sind; so wenn Kommissionen zu Verhandlungen mit den Prinzipalen unter Ausschaltung der Tarif- und Verbandsfunktionäre gewählt (Leipzig) oder Versammlungen zwecks drillichen Vorgehens unter Beiseitelegung des Vorstandes veranstaltet werden (Hannover) oder dem Tarifausschusse bedeutet wird, wenn das und das durch ihn jetzt nicht befriedigende Regelung findet, man lokal schon zum Ziele gelangen werde (Mannheim) und andre Vorkommnisse, die bisher in unserm gewerblichen Wörterbuche gefehlt haben oder zu den Seltenheiten der Vergangenheit gehören.

Wir würden bestimmt solchen Vorfällen ausdrücklicher entgegnetreten, wenn jetzt nicht die Gauvorsitzer und Gehilfenvertreter mit der Verbandsleitung auch dazu Stellung nehmen müßten und wohl mit Nachdruck jedem Drunker und Drüber schon im Anfang entgegnetreten werden. Man gebe in der Dezentralisation nicht weiter, als es durch einen unbestreitbaren Nothakt einmal erlaubt ist. Es muß einem jeden klar vor Augen stehen, daß nicht wenige Gebiete unsres Verbandsbereichs nicht gleichen Schritt auf tarifliche Gebiete hätten halten können, wenn sie nicht durch die Kraft der Zentralisation mitgerissen worden wären. Eine zu grobe Differenz zwischen Großdruckstadt und Provinz oder gar den einzelnen Betrieben ist grundsätzlich! Das zu betonen, sollten die alten, erfahrenen und — eigentlich nicht zuletz zu sagen — die kampferprobten Kollegen von einstmals, wo es viel schwerer war, vorwärts zu kommen, in Versammlungen sehr mehr Veranlassung nehmen.

Eine in diesen verworrenen Zeitläufen wirklich heilsame Lektüre bietet der diesmalige Geschäftsbericht des Tarifamts. Er zeigt nicht nur von reichlicher nutzbringender Arbeit, sondern bekennst sich freimütig auch zur Notwendigkeit weitgehender Reformen. Die kritisch veranlagten Kollegen sowie alle können vom Lesen dieser offenen Rechnungslegung nur profitieren!

Mit dem Standpunkte der Prinzipalität zu den Vorgängen innerhalb der Tarifgemeinschaft wie zur Malogung des Tarifausschusses konnten wir uns ebenfowenig bis jetzt beschäftigen; auch hier war bei der Hochstuf von eingesandten Artikeln die Raumnot das Haupthindernis.

Aus einem redaktionellen „Zeitschrift“-Artikel ist zu ersehen gewesen, daß die „verschiedentlich drillich ausgebrochenen Unruben in unserm Gewerbe“ — warum nicht gleich „Unruhe“? — die Prinzipalsorganisationsveranlassung haben, auf Einberufung des Tarifausschusses zu dringen. Lediglich der fünfte Punkt der Tagesordnung: „Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung“, sei beantragt worden, und wird als ausreichend auch gegenüber den gedachten Geschehnissen betrachtet. Man gewinnt sofort den Eindruck, daß die Sache darauf hinausläuft, den Pels zu waschen, aber ihn nicht naß dabei zu machen. Sonst pure Abweisung: Schraube ohne Ende, wenig kapitalfällige Unternehmerchaft, mehr wahrzunehmende Zurückhaltung mit neuen Aufträgen wegen der hohen Drucksachepreise. Zum Schluß Empfehlung eines sehr alten Traktatens aus der Hausapothek des Deutschen Buchdruckervereins, indem ein von der Leipziger Prinzipalität an die Gehilfenchaft gerichtetes Flugblatt zur Nachabmung gegen „unartikliche Forderungen“ abgedruckt wird.

In lange zurückliegenden Jahrzehnten haben die Leipziger Prinzipale schon die Methode von direkten Bearbeitungen der Gehilfenchaft angewendet. Erfolge war ihnen damit meistens nicht beschieden, auch diesmal nicht. Man hat trotz des traditionellen festen Gehaltens der Taschen doch noch vor der Tarifausschubstufung eine neue Julage gewähren müssen. Bei der angelegten der gleichen Produktionsbedingungen wie Berlin ganz unbedingten Vorsetzstellung der Leipziger Prinzipale — hier muß eine Angleichung auch im Interesse der Berliner und Leipziger Gehilfen gefordert werden — konnten die für Berlin so gefährlichen Nivalen gar nicht ausgenommen werden. Wenn der mit der Einlebung einer selbständig handelnden Kommission eingeschlagene Weg auf Gehilfenseite in Leipzig auch ein Fehler war, den eine zweite Verammlung dann korrigiert hat, eine Verdrehung in dem Flugblatte der Prinzipale muß doch auch hier angelegelt werden. Der Streikandrohung im Schreiben der Kommission ging eine Stelle vor dem daraus zitterten Sage vorweg, aus dem hervorgeht, daß man diesen Schritt der Gehilfenchaft empfehlen würde, wenn die Prinzipalität sich nicht verhandlungsbereit erklären sollte. Eigenmächtig wollte also die Kommission gar nicht handeln, was ja die Gesamtheit zu verhindern gewußt hätte. Diese Unterstellung ist mitthin durchsichtige Stimmungsmache. Das Flugblatt haben auch, entgegen der Behauptung in der „Zeitschrift“, nicht alle tariffreien Firmen Leipzigs unterzeichnet. Da die Leipziger drilliche Prinzipalsleitung die Gehilfenchaft so außerordentlich wohlwollend auf den Pfad der tariflichen Tugend zu weisen verstand, erfordert es wohl die gegenfällige Mühsaligkeit, die Leipziger Prinzipale auch im „Korr.“ darauf aufmerksam zu machen, daß die ganz enormen Überschreitungen der diesmal zulässigen Verbrüngenstellung in Leipzig von praktischer Durchbringung des tariflichen Ordnungssinns verdammt wenig erkennen lassen, denn dem reinen Zufall oder der Unkenntnis entspringen diese zahlreichen Tarifverletzungen nicht.

Ein Artikler der „Zeitschrift“ hat dem „Korr.“ und dem „Zp.“ Unternehmung ausgeprochen, daß die beiden Gehilfenorgane nicht einfach alles aufheben, was jetzt vorgeht, er glaubte aber bei den Organisationsleitungen zu viel Passivität wahrzunehmen. Das ist nicht richtig. Unser Verbandsvorstand hat hierzu einen andern Weg und eine andre Form einschlagen müssen. Im übrigen ist es doch üblich, in Verlaubarungen solcher oder ähnlicher Art nicht lediglich den Redaktionsstandpunkt zu erblicken. Es läßt sich z. B. doch gar nicht annehmen, daß das, was die „Zeitschrift“ am 18. April zu der neuen Tarifausschubstufung sagte, das Gegenstück von dem ist, wie sich die Leitung der Prinzipalsorganisation dazu stellt. Der „Zeitungsvorlag“ äußerte später weniger Befriedigung mit dem „Korr.“, weil „dessen Ton und Haltung immer radikaler wird“. Nun, auch dieser Schmerz läßt sich ertragen, sinnenal das Organ der Zeitungsvorleger vor gar nicht langer Zeit eine weit bessere Meinung von uns hatte, das jetzige Urteil aber mehr von dem sich aus der hochgehenden Diskussion ergebenden andern Gesamtbild ausgeht.

Der mit L. zehnjährige Verfasser — was als solcher kein Unbekannter — geht mit klaren Worten gegen die Gehilfenschaft vor. Die Zustriedenheit unserer Kollegen erscheint ihm so gemäß, daß an keinerlei „tarifmäßige Vorgänge“ zu denken gewesen wäre, wenn nicht Berlin das Signal zu dem „allgemeinen Vorgehen“ an den einzelnen Orten gegeben hätte. Die Diskussion im „Korr.“ wird ihn wohl über die ganz andere Sachlage kräftig eines andern belehren haben. Es wäre jedoch eine Beleidigung für die Gehilfenschaft, wenn der Vorwurf, „die Mäcker der wilden Lohnbewegungen“ verlorben „politische Zweck“ dabei, nicht schon wegen seiner Einseitigkeit hinfallen würde. Wer gar zu spätere Herr könnte sich doch wohl sagen, daß auch andre Prinzipale von den Gehilfen im allgemeinen die Ablehnung des politischen Generalstreiks wissen, mithin politische Tendenzen bei Lohnbewegungen gleich ganz ausgeschlossen sein müssen. Die hohen Gewerkschaftsbeiträge lassen den Artikelstreiter zu der Annahme gelangen, daß die Löhne im Gewerbe „relativ bemessen“ sind. Dieser alte Wadenbiter kennzeichnet den Artikelstreiter weiter als einen Auszubund von Rückständigkeit.

In der Nummer der „Zeitschrift“ vom 2. Mai werden in einem mit X. hantierten Artikel die Vorgänge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet als „Evidenzierung der Tarifgemeinschaft“ behandelt und auf Berliner Anlehnung zurückgeführt. Die Gehilfenführer hätten völlig die Macht über die Massen verloren, die ruhigen Elemente würden von den rabulak gefassten zurückgedrängt, und der „Korr.“ trage gemäßigten zu solchen Vorgängen bei durch seine akademischen Erörterungen über die Sozialisierung. So anklagend dieser Artikel auch ist, Pfaffen und Dummbelken wie in dem von L. leben. Wenn der Verfasser das an einer Stelle gelundene Erklärungssymptom: man lebe, „wie auf dem Untergrunde selbstiger Not das Gespenst des wirtschaftlichen Stands sich erhebt“, mit konsequenter Logik verfolgt haben würde, hätten sich ihm Ursachen und Wirkung ohne Suchen in anderer Richtung und an anderer Stelle völlig erschlossen. Die große Spannung zwischen der Industriebewegung in Rheinland-Westfalen und der Lage der Buchdrucker im Bereich mit den schlechten Ernährungsverhältnissen für die nicht in der Schwerindustrie Beschäftigten müssen doch das meiste begreiflich machen.

Das Organ des separatistischen Arbeitgeberverbandes brachte vor einiger Zeit schon einen so gepfeiften Artikel über die Tarifgemeinschaft, daß die Redaktion die Verantwortung dafür ablehnte. Wir sind nicht unfertig, ob das von den Sozialdruckern der drei Berliner Zeitungsverlage Behauptete so zutrifft, die Tarifgemeinschaft muß dem Artikelstreiter dafür aber zu einer schrecklichen Stülpung herhalten. Sie ist immer mehr zu einer „sozialistischen Zwangssache für die Prinzipalität“ geworden, obwohl schon von Anfang an das „äußere schöne Etikett „Tarifgemeinschaft“ nicht „mit den dunklen sozialistischen Falten seines Janern“ übereinstimmend habe; nun werde die Tarifgemeinschaft zum Terror mißbraucht. Zu den Tarifgemeinschaftskritikern auf Gehilfenseite sind das so kontrastierende Auffassungen, daß man schon die Perspektive des Kopffandes zur Erklärung nehmen muß.

Eine von dem Hauptoppositionellen im Prinzipalalager verlorene Idee ist die Auffassung von zweierlei Tarifen, für Lohn- und Zeitungsdrucker getrennt. Das Arbeitgeberverbandesorgan macht sich diesen Standpunkt zu eigen. Ob denn Herr Schnürdreher und sein Anhang nicht wissen, daß das nach 1873 in Berlin schon bestanden hat, durch die Prinzipale aber selbst befestigt worden ist?

Ganz gewöhnliche Heberel gegen Tarifgemeinschaft und Verband betreibt die uns ausnahmsweise zu Gesicht gekommene, von der Maternkorrespondenz Wilhelm Arens in Berlin herausgegebene Monatschrift für die Provinzpresse. Arens ist jemand, der keinen Kohl selbst bauen will. Sören wir ihn nicht dabei.

Man kann nach diesen mannigfaltigen Stimmungswerten aus dem Prinzipalalager auf eine schwer geladene Atmosphäre zu den Berliner Beratungen schließen. Wird man den Weg der Naturheilmethoden wählen und die Gehilfenvertretung hier mitgeben leben oder auf operative Eingriffe ankommen lassen? Die Selbstberger Resolution von 1917 dürfen die Prinzipale auf keinen Fall zu neuem Gebrauch ausgraben, wenn sie mit gewohnter kritischer Mäßigkeit die Vorgänge in der Tarifgemeinschaft vor dem Forum des Tarifausschusses erörtern und richten wollen. Ihr Schuldkonto daran ist, wie in voriger Nummer näher schon gesagt, wahrlich nicht klein.

Zum zeitgemäßen Neubau unseres Tarifgemeinschaft wollen wir uns nur ganz kurz äußern, da hierüber auch im „Korr.“ noch viel zu sagen sein wird, jetzt aber erst die Divergenz in Berlin abgearbeitet werden muß. Wir sind im vergangenen Jahre schon zur Würzburger Generalversammlung und dann zur Tarifausschubung im Juli planmäßig für einen Weiterausbau der Tarifgemeinschaft eingetreten und haben u. a. auch die Einbeziehung der Schriftsteller gefordert, deren Forderung ihnen bei den Steuerungsautoren tatsächlich zum Nachteile geworden ist;

allerdings waren sich die Schriftstellerkollegen noch nicht klar über ihre tarifliche Einmündung. Zwischen dem Frühjahr 1918 und dem Mai 1919 liegen aber versunkene Welten. Und wenn der von imperialistischen Größen- und Herrschsuchtsmaßnahmen eingeschobene schauerliche Gewaltfriede auch alles lähmen möchte, was dem künftigen Werden gilt, wir müssen doch die Hand anlegen, materiell wie ideell unser Gewerbe zu heben und seine Ausrichtung zum Dienst am Buchdruckernotke werden zu lassen.

Der Tarifausschuss unterbreitet dem Tarifausschuss eine von ihm ausgearbeitete Vorlage zu „einem möglichst vollkommenen tariflichen Reformwerk“. In einen materiellen und einen ideellen Teil zerfällt auch die von der Berliner Gehilfenvertretung formulierte recht umfangreiche Antragstellung. Unser Redaktionskollege Schaeffer hat aber den Vogel abgeschossen mit einer großen Studie: „Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckergewerbe auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlichen Berufsgemeinschaft“. Diese sehr fleißige und jeden Leser sicherlich interessierende Arbeit — mag der Standpunkt dazu völlige Sympathie sein oder Einschränkungen unterliegen — wird nach als Broschüre der Öffentlichkeit übergeben werden. Wenn schon im Januar 1847 in der „Topographie“ Artikel über Vergesellschaftung von einem Berliner Kollegen erschienen, so kann nach 72 Jahren wohl, inmitten einer ökonomischen Revolution, das Schaeffer'sche Projekt nicht einfach als Xharismus angesehen werden. Man weiß doch, daß das von Gelebes wegen kommende Rätewesen ohnehin nötig, alle Salben und Tränke aus der alten Apothekenschele zu lassen. Wie aber in der vorigen Nummer bereits deutlich gesagt, kann in Berlin jetzt dazu nur die erste Arbeit geleistet werden. Bis zum Herbst können die dazu berufenen Baumeister dann den Grundriß oder gar schon den Rohbau fertig haben. Wünschen wir also das Beste und fördern wir die Sache nach Kräften, wenn zu einer befristeten Generaldiskussion aufgefordert werden sollte.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Sozialisierung der Presse

Aus Bayern kam in den letzten Wochen die Kunde, daß sich die „Militär der Proletariats“ sehr fleißig auf die Sozialisierung der Presse verlegt hätte. Besonders in München scheint damit wenig Bedenkens gemacht worden zu sein. Aus dem dadurch entstandenen Lohmwabobu in der Zeitungswelt der bayerischen Hauptstadt kann man sich auch heute noch keine genaue Vorstellung machen. Es ging einfach drunter und drüber. Die meisten bürgerlichen Zeitungen blieben auf der Strecke, d. h. sie wurden im Namen der Prehsfreiheit von jeder weiteren Erscheinungsmöglichkeit befreit, sofern deren Herausgeber und Schriftstellungen es nicht vorzogen, unter der hochwohlthätlichen „Jenur der Presseabteilung des provisorischen revolutionären Zentralrates“ ihren Zeitungen ein lächerliches Scheinbalden zu ermöglichen. So war es noch vor einigen Tagen; wie es heute ist, wissen wir noch nicht genau. Nur soviel ist klar geworden, daß diese Art separater „Sozialisierung der Presse“ einem Stillsitzen aus dem Kolbhaufe gleich, bei dem die Buchdrucker den größten Teil der Seche zu tragen hatten. Denn Zugende von Zeitungen konnten nicht mehr gesetzt und gedruckt werden, was gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit und Not für Hunderte von Buchdruckern war. Im diesem verrückten Treiben in München ein Ende zu machen, mußten die Buchdrucker in München zuerst erklären, daß sie insgesamt die Arbeit einstellen, wenn den bürgerlichen Mäthern das Erscheinen nicht gestattet werde. Ihnen hat sich dann das gesamte übrige Personal der Zeitungen und der Banknotendruckerei angeschlossen. Dann erst gaben die Münchener Senker der Prehsfreiheit nach, und die Zeitungen konnten ab 28. April wieder erscheinen; die bürgerlichen allerdings nur unter Vorzensur. Daß dieses energische Auftreten der Buchdrucker zugunsten der Prehsfreiheit von dem Weberkrieger aller Kommunisten in Bayern, Lednit, als einen gegen den Bestand der Räterepublik gerichteten Plan bezeichnet wurde, kennzeichnet so recht die geistige Schwäche dieser „Volksbegleiter“.

Wir haben also alle Ursache, dem Problem der „Sozialisierung der Presse“ mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüberzutreten. Und trotzdem sind wir der Auffassung, daß auch diese Frage nicht unlösbar ist, daß sie sogar zu einem Segen für die Prehsfreiheit und für das ganze deutsche Buchdruckergewerbe werden kann, wenn sie einheitlich und systematisch für das ganze deutsche Reichsgebiet durchgeführt würde, also nicht wie in Bayern oder München auf beschränkter und zugleich gewalttätiger Grundlage.

Die Presse oder die Zeitung ist in erster Linie eine Verkehrseinrichtung und bildet einen der wichtigsten Stützpunkte der bisherigen Wirtschaftsordnung. Sie ist ein Verkehrsmittel im Sinne des Austausches geistiger und materieller Güter in der menschlichen Gesellschaft. Wie Briefe und Zirkulare die Nachrichten erst transportfähig machen, sie durch Schrift und Druck von ihrem Urheber loslösen und körperlich übertragbar machen, so auch die Zeitungen in erweiterterem Maßstabe. Die Zeitungen sind aus dem Nachrichtenbedürfnis entsprungen. Briefe und Zirkulare richten sich an einzelne bestimmte Personen,

während die Zeitungen für viele und unbestimmte Personen in Frage kommen; die letzteren sind privater, die letzteren mehr allgemeiner oder öffentlicher Natur. Regelmäßig erscheinende Zeitungen sehen ein räumlich weit verbreitetes Interesse an öffentlichen Dingen, ein größeres Verkehrsgebiet mit zahlreichen geistigen und wirtschaftlichen Interessenverknüpfungen voraus, mit andern Worten größere Staatswesen und eine gewisse Gemeinamkeit der Lebensanschauung. Julius Cäsar als Schöpfer der ersten Militärmonarchie und Zentralisator der Verwaltung war auch der Begründer erster zeitungsähnlicher Einrichtungen. Seine öffentlich aufgestellten Gipsstatuen mit öffentlichen Bekanntmachungen und Mitteilungen waren die ersten „Nachrichtenblätter“ zur Beaufassung der Öffentlichkeit, die für viele seiner Zeitgenossen schon weniger ihres Inhalts als wegen des Interesses waren, sie also mehr zwischen den Zeilen als in den Zeilen lesen lieh.

Dieser Doppelsinn der öffentlichen Nachrichtenvermittlung blieb ihre Eigentümlichkeit bis zum heutigen Tag. Er diente der Kirche, den staatlichen Machthabern wie dem Bürgertum, je nach den zeitigen, politischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen. Besonders charakteristisch ist es, daß als die ersten maßgebenden Zeitungsunternehmen in Deutschland die großen Handelsfirmen der Weser und Sogger, und von diesen besonders die Sogger in Augsburg in Betracht kommen. Der stark ausgeprägte privatkapitalistische Geschäftssinn dieser Herren verstand es ausgezeichnet, aus der öffentlichen Nachrichtenvermittlung ein lukratives Geschäft zu machen. Sie trugen dadurch nicht wenig dazu bei, daß die Zuverlässigkeit und die Tendenz des öffentlichen Nachrichtenverkehrs zum Spielball egoistischer Interessenwirtschaft wurden. Die damit zusammenhängende Aufnahme des Interesses verdrängte diese Zweckerstellung der Zeitungen. Durch sie kam es so weit, daß die Zeitungen nicht nur Nachrichten an ihre Leser verkaufen, sondern die Leser selbst an zahlungsunfähige Privatinteressen. In demselben Maß, oft auf derselben Seite, wo die höchsten Interessen der Menschheit Vertretung finden oder doch finden sollten, treiben Käufer und Verkäufer in niedriger Gewinnlust ihr Wesen. Und für den Meingeweihten ist es oft schwer genug, zu unterscheiden, wo das öffentliche Interesse aufhört, und wo das private anfängt. Je mehr sich der redaktionelle Teil der meisten Zeitungen vertiefte, desto gefährlicher wurde diese Tendenz für die Kultur. Und heute ist es im Zeitungsweesen fast ausschließlich so weit gekommen, wie dies der Leipziger Nationalökonom Bücher schon lange vor dem Weltkrieg in seinem lehrsameren Buch über die „Entstehung der Volkswirtschaft“ folgendermaßen schildert:

Die moderne Zeitung ist eine kapitalistische Unternehmung, sozusagen eine Neugierfabrik, in welcher in mannigfacher gefeilter Arbeit eine große Zahl von Personen (Korrespondenten, Redakteure, Schriftsetzer, Korrektoren, Maschinenpersonal, Annoncenjäger, Expeditionsgelben, Solen usw.) unter einheitlicher Leitung gegen hohen Beschäftigt werden, und diese für einen unbekanntem Preispreis, von dem sie oft noch durch Zwischenglieder (Kopistoren, Postanstalten) getrennt ist, Ware erzeugen. Nicht mehr das einfache Bedürfnis des Lesers oder des Kundenkreises ist für die Qualität dieser Ware maßgebend, sondern die sehr komplizierten Konkurrenzverhältnisse des Publikumsmarktes. Auf diesem Markte spielen aber, wie auf den Großhandelsmärkten überhaupt, die Warenkommenten, die Zeitungsleser nicht direkt mit; ausschlaggebend für die Güte der Ware sind die Großhändler und Spekulanten der Publizität: die Regierungen, die von ihnen abhängigen Telegraphenbureaus, die autographierten Korrespondenzen, die politischen Parteien, die hinküßlichen und wissenschaftlichen Claque, die Börsenmänner und zuletzt, aber nicht am wenigsten, die Annoncenagenturen und einzelne große Intereuten.

Jede Nummer eines großen Tagesblattes, die heute erscheint, ist ein Wunderwerk der kapitalistisch organisierten volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und der maschinellen Technik, ein Mittel des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, in dem sich die Wirkungen aller andern Verkehrsmittel: der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen und des Fernsprechers wie in einem Brennpunkte vereinigen. Aber wie auf keiner Stelle, wo der Kapitalismus sich mit dem Geistesleben berührt, unter Auge mit Belriedigung verwellen mag, so können wir uns auch dieser Errungenschaft der modernen Kultur nur mit halbem Herzen freuen, und es wird uns schwer, zu glauben, daß die Zeitung in ihrer heutigen Ausgestaltung die höchste und letzte Form der Nachrichtenvermittlung zu bilden bestimmt sei.

Für uns Buchdrucker hat diese lebenswahre Charakteristik des modernen Zeitungsweesens in doppelter Hinsicht eine große und mehrfache Bedeutung, zunächst als geistig aufwärtstreibende Menschen im allgemeinen und als schwer ringende Arbeiter im Kampf um seine Fäden im einzelnen. Als schriftlich denkende Menschen empfinden wir es als eine Schmach, wie die Presse vor und während des Krieges die wahren und echten Menschheitsideale der ganzen zivilisierten Kulturwelt den Interessen großwahnfinniger Herrenmenschen und profitgieriger Gelbgelben verraten und verkauft hat. Wie Wahrheit als Lüge und Lügen als Wahrheit auf den Kopf gestellt wurden und der Volksgesinn in buchstäblicher und privatkapitalistischer Weise von der Wege bis zum Grabe bis hinein ins Familienleben vergiftet wurde. Wie nationale und kapitalistische Proben Menschen, Wähler, ja ganze Weltteile gegeneinander hetzen durch die Herrschaft einer Tagespresse, die sich diesseits wie jenseits der Grenzen nur auf Selbstzweckinteressen stützte. Daß der Buchhandel zum größten Teil in gleichem Fahrwasser segelte, sei nur nebenbei bemerkt. Eine sehr große Schuld an der

gegenwärtigen Vermirrung und charak. Gegenständlichkeit der Geister trägt die Presse, die nur auf kapitalistische Profitinteressen gestützt, den einfachen gesunden Menschenverstand in Millionen Köpfen umnebelt, das wirklich freie Wort erdrosselt oder ins Schlepptau der Inzeratenplantagen verfrachtet. Als Buchdrucker dürfen wir uns nicht davon blenden lassen, daß durch diese Entwicklung der Presse das Zeitungswesen einen ungeheuren Aufschwung genommen habe. Denn diesen Aufschwung stehen auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht weniger Schattenseiten gegenüber. Die vorwiegend kapitalistische Struktur der Presse verbinde eine großartige Entfaltung des wirklich freien Wortes und damit auch dessen Durchlegung. Hätte auch nur eine knappe Mehrheit der Presseverleger oder Zeitungsbesitzer es von jeher als Ehrenpflicht betrachtet, den öffentlichen Nachrichten- und Meinungsaustausch als ein öffentliches Vertrauensamt von privater Interessen- und Egoismuswirtschaft freizuhalten, so wäre Europa jetzt sicher kein geistiger und wirtschaftlicher Erdmittenhaufen. Mag man in Deutschland über die ausländische Presse zornen, wie man will, sie ist zum größten Teil nicht schlechter als die deutsche. Größenwahn haben wie drüben ihr Signatur und privatkapitalistisch ihre internationale Futterkrippe.

Wir geben uns keiner allzu großen Hoffnung hin, daß Volksgedult und menschliche Arbeitskraft in Deutschland eine höhere Kulturstufe erklimmen können, wenn es nicht gelingt, die Presse auf einen entsprechend freieren und unabhängigeren Boden zu stellen. Als Buchdrucker können wir aber noch ein ganz besonderes Lob über die privatkapitalistische Interessenpolitik der großen Mehrzahl der deutschen Presse antizipieren. Denn von jeher fiel es uns z. B. sehr schwer, die Öffentlichkeit bezüglich unserer eigenen beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Hilfe der Tagespresse aufzuklären. Von jeher hatten wir in allen diesen Fragen mit einer sehr hartnäckigen „Zurückhaltung der Leistungen“ der Tagespresse zu rechnen. Während privatkapitalistische Interessen fast durchweg wie mit rührender Pudelekreuzen apporisiert wurden, fanden die Interessen der Zeitungsetzer und Zeitungsdrukker wie der Buchdrucker im allgemeinen in den Tageszeitungen eine nur sporadische Erwähnung. Wir erinnern uns an den vor einigen Wochen an die deutsche Tagespresse verhandelnden dringenden Aufruf des Tarifamts um Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für das deutsche Buchdruckergewerbe. Er wurde von dem größten Teil aller deutschen Zeitungen überhaupt nicht berücksichtigt, während für kapitalistische Börsen- und Handelsberichte ganze Spalten täglich zur Verfügung stehen.

Unter solchen Umständen, die ohne Übertreibung als allgemein typisch zu betrachten sind, werden auch die mehr gewaltsamen als erfolgversprechenden Versuche zu einer Sozialisierung der Presse in Bayern und sonstwo begreiflich. Sie richten sich in erster Linie gegen die unbefrei- bare privatkapitalistische Willkür und geistige Vergewaltigung der Presse. Das nun aus den bayerischen Oudertüren zur Sozialisierung der Presse gerade für uns Buchdrucker weniger angenehme Harmonien herausklingen, weil allzu stark mit Pauken, Trompeten und sonstigem Blech gearbeitet wurde, ist eine Erscheinung, die uns dazu veranlaßt, auch der Frage der Sozialisierung der Presse unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Aus der vorausgehenden Schilderung der „Geistesverfassung“ der Presse, für die wir selbstverständlich auch seltene bemerkenswerte Ausnahmen gelten lassen, ergibt sich für uns der Standpunkt, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann. Die Presse muß als eine Einrichtung des öffentlichen Gedankenaustausches oder geistigen Verkehrs ebenso wie alle anderen Einrichtungen des Verkehrs und der Volksbildung von privatkapitalistischen Fesseln befreit und daher sozialisiert werden. Das gilt sowohl für den redaktionellen wie für den Inzeratenstil. Die Sozialisierung des redaktionellen Teils der Presse ist zunächst eine Sache der Journalisten, die durch ein selbstgemäßes, Preßgesetz gesichert werden müßte, wie dies vor kurzem in der Wiener Wochenchrift „Die Wage“ angedeutet wurde. Die Sozialisierung der Zeitungen muß die Anerkennung bringen, daß der Geist über dem Kapitalstränge steht. Der geistige Inhalt einer Zeitung muß das Eigentum derer sein, die sie täglich neu machen, und nicht jener, die vor zehn oder zwanzig Jahren eine gewisse Summe zur Verzinzung und Amortisation hergelassen haben. Aber das ist nicht nur eine Angelegenheit der Journalisten allein.

Der Krieg, dieses gewaltige Wachstum des Militarismus, der expandierenden Industrie und der Presse, hat bewiesen, daß die Zeitung eine Sache der Staaten und insbesondere der Völker zu sein hat. Es geht den Staat an, ob die Haltung einer Zeitung von Überzeugungen oder von dunklen Geschäftsgründen beeinflusst wird. Und diese dunklen Geschäftsgründe werden durch das privatkapitalistische Besitzverhältnis an den Zeitungen nicht minder verhorrt als durch das heutige Inzeratengeschäft. Es muß daher ein neues Preßgesetz geschaffen werden, durch welches das Recht auf Meinungsfreiheit niemand genommen wird und doch eine reinliche Scheidung zwischen geistigem Gedankenaustausch und privatkapitalistischen Geschäftsinteressen stattfindet. Jede politische Partei oder Weltanschauung soll das Recht haben, eigene Zeitungen herauszugeben, aber das Inzeratengeschäft soll ihnen nicht mehr zugestanden werden. Die Arbeiterschaft hat jahrzehntelang mühselig die Mittel aufbringen müssen, um sich z. B. eine Gewerkschaftspresse zu schaffen, ohne von dem Inzeratengeschäft besondere Einnahmen zu haben; und heute ist es noch so, daß Inzerate in der Gewerkschaftspresse in den meisten Fällen den Gewerkschaftskassen mehr kosten, als sie durch ihren Zellenpreis einbringen. Wenn daher die privatkapitalistischen Kreise etwas Wertvolles zu sagen haben und glauben, daß ihre Mitarbeit für den Neuaufbau der zusammengebrochenen Kultur notwendig sei, so werden sie wohl auch finanziell in der Lage sein, ihre Meinung

auszusprechen, ohne damit ein besonderes Geschäft machen zu wollen, wie es bisher mit Hilfe der Inzeratenplantagen gescheh.

Für uns Buchdrucker würde sich durch eine solche Regelung keine Beschränkung, sondern eine starke Erweiterung des Arbeitsfeldes ergeben. Das wird aber nur dann eintreten, wenn das Rob nicht beim Schwanz aufgezäumt wird wie in Bayern, sondern das ganze Problem in wohl- durchdachter holtemallicher Weise für das ganze Deutsche Reich und das deutsche Zeitungswesen einheitlich zu lösen verucht wird. Das zu schaffende Preßgesetz müßte unbedingte Preßfreiheit für alle Richtungen menschlicher Betretungen, die nicht mit den übrigen Gelehen eines Landes in direktem Widerspruch stehen, als obersten Grundtat anerkennen. Jede Partei oder Meinungsgruppe muß in diesem Rahmen das Recht haben, aus eigenen Mitteln eine Zeitung herauszugeben und sie ihren Anhängern zugänglich zu machen; während Nachrichten und Mitteilungen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, durch öffentliche Gemeinde- oder Staatszeitungen in weitestem Umfange der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden müßten. Auf diesem Wege könnte jeder in Hinsicht auf seine geistige Fortbildung und Fühlung mit der übrigen Menschheit nach seiner Fassung tätig werden; an Abwechslung der Literatur wird es niemals fehlen, und das Buchdruckergewerbe auch nicht an Auftragsmangel leiden.

Das Reklam- und Inzeratengeschäft wäre durch eine Loslösung vom geistigen Gehalte der Presse auf allgemeinen und neutralen Boden zu stellen. Es könnte ganz auf mit dem Reichspostwesen in Verbindung gebracht werden; wobei dem Inzeraten die Wahl des Anlanges und der Verbreitung freigestellt bleiben müßte und nur durch seine Zahlungsfähigkeit oder -willigkeit Beschränkung finden sollte. Die Überweisung der Inzerate an öffentliche oder auswärtige Partei- oder öffentliche Zeitungen müßte durch die Postanstalten erfolgen unter Einrechnung einer kleinen Vermittlungsgebühr in den Inzeratenpreis, der sich außer dieser postlichen Vermittlungsgebühr nur noch auf Satz- und Druckkosten nach Raum und Zahl der Abdrücke nach einem einheitlichen Grundpreise richten könnte. Die in Frage kommenden Zeitungsdruckerelien oder deren Verrechnungskassen hätten mit dem Auftraggeber der Inzerate gar nichts zu tun, und die Redaktionen oder Herausgeber der betreffenden Zeitungen noch viel weniger; für die Zeitungsdruckerelien kämen nur die vermittelnden Postanstalten als Auftraggeber in Frage. Die Befolgung der betreffenden Annehmungen bei den Postämtern könnte ganz gut durch entsprechend geschulte Fachleute erfolgen. Diese Fachleute hätten alle mit dem Inzeratenwesen zusammenhängenden Propagandabeschäfte, wie Gewinnung und Beschaffung zweckmäßiger Inzeratenwürde usw., zu erledigen, wodurch sowohl die Interessen der Auftraggeber wie der Auftragausführenden in völlig unabhängiger Weise gewahrt werden könnten. Reklamefachleute und graphische Künstler könnten dabei zu rege- fruchtbringender Mitarbeit in ganz anderer Weise als bisher herangezogen werden, teils von den direkten Auftraggebern, ehe sie ihren Inzeratenauftrag bei der zuständigen Postanstalt einreichen, teils von den letzteren selbst zur Erleichterung und zum fortschrittlichen Ausbau des Inzeratenwesens überhaupt.

Für das Buchdruckergewerbe würde eine solche Sozialisierung der Presse eine wesentliche Vereinfachung der diesbezüglichen kaufmännischen und sachtechnischen Grundlagen des Gewerbes bedeuten. Der Zeitungsverlag als privatkapitalistische Unternehmung, die das eine Mal von den Schriftstellern einen Teil ihres Profits abnimmt, das andre Mal von den Inzeraten und Lesern, und das dritte Mal von den Buchdruckern, wäre dadurch ausgeschlossen. Die Zeitungen kämen für die Buchdruckerelien nur noch als Druckaufträge wie jede andre Druckarbeit in Frage, deren Gesehungskosten für jede Nummer nur in der Weise zu berechnen, einzuziehen und zu verteilen wären wie für jede Druckarbeit nach den auf sie entfallenden Teilkosten für Produktionsmittel und Produktionskräfte nach materielle und persönlicher Fertigkeit.

Schriftleitung, Inzeratengeschäft, Druck und Expedition wären als ganz verschiedene Produktionsabteilungen voneinander getrennt zu halten und nur nach ihren eigenen Leistungen zu bewerten und zu entschädigen. Die Schriftleitung als rein geistige Betätigung im Auftrag von Gesinnungsgenossen, die durch den Leserkreis gegeben sind, das Inzeratengeschäft als öffentliche Verkehrsrichtung im Zusammenhang mit der Landes- oder Reichspost, der Druck als gewerblich-technische Leistung einer Berufsgemeinschaft und die Verteilung oder der Versand der Presse wiederum als Teil der öffentlichen Verkehrsrichtung der Landes- oder Reichspost, die sowohl die Bezugspreise wie auch die Inzeratenpreise einzieht und zur Verrechnung bringt nach speziellen Vorschriften unter entsprechender Berücksichtigung aller dabei beteiligten Leistungen und Kräfte.

Eine solche Form der Sozialisierung der Presse macht die einschlägigen Fachorganisationen der Schriftsteller, der Reklamefachleute, des Buchdruckergewerbes usw. in keiner Weise überflüssig. Sie werden im Gegenteil ein viel reicheres und aber auch erproblicheres Tätigkeitssfeld haben als unter dem alten und jetzigen System. Denn die Regelung und Überwachung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse der Presseleuten vom Chefredakteur bis zum letzten Setzungsboten werden dadurch nicht illusorisch werden. Sie werden sogar auf eine viel breitere, mit den allgemeinen geistigen und wirtschaftlichen Strömungen weit mehr als bisher zusammenhängende Grundlage gestellt werden.

Das ganze Problem wird aber ebensowenig wie die meisten andern Probleme der Sozialisierung gewissermaßen über Nacht verwirklicht werden können. Dazu bedarf es

einer vorläufigen, aber selbstbewußten Aufklärungs- und Organisationsarbeit von oben wie von unten. Je mehr die tiefen Schattenseiten der heutigen Zustände im Pressewesen allseitig erkannt werden, desto fester wird der Boden, auf dem der Pfug der Sozialisierung mit Erfolg arbeiten kann. Wir konnten hier nur einen kleinen Ausschnitt aus dem fast unentwirrbaren Jerrbild der heutigen Presse, wie auch nur andeutungsweise einige Fingerzeige geben, in welcher Richtung das Problem gelöst werden könnte. Mögen alle Kreise, denen das Wohl und Wehe einer guten Presse am Herzen liegt, und besonders jene, die mitverantwortlich sind, daß diese kulturelle Einrichtung des öffentlichen Gedankens- und Nachrichtenaustausches auf eine so lächerliche Ebene gelangt ist, sich bewußt werden, daß auch hier nur eine gründliche Operation an Saupf und Alledien eine Gesundung herbeiführen kann. Die Buchdrucker werden ganz gewiß nicht die letzten sein, die das Rad kräftig vorwärts drehen helfen, wenn sie dazu aufgerufen werden. Von dem Ansehen der Presse hängt auch ihr Ansehen ab. Denn gleich dem hochbetagten, aber im Geiste immer noch jugendlichen Nationalökonom Bücher wird es auch uns schwer, zu glauben, daß die Presse in ihrer heutigen Ausgestaltung die höchste und letzte Form der Nachrichtenvermittlung zu bilden bestimmt sei.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Barth (Domm). Durch Einigung erlassen die Gesellen der hiesigen Firma Antonys Erben, Inhaber M. Eick, eine sofortige wöchentliche außerordentliche Feuerungszulage in Höhe von 25 Mk. bis zur Neuregelung der Lohnfrage. Mit der zweiten am Ort befindlichen Firma Karl Klodt schweben noch Verhandlungen.

Berlin (Korrespondenten). Die Anträge zur Tarifauschussüberprüfung beherrschen die Versammlung am 4. Mai. Kollege Gille nahm in längeren Ausführungen zu den wichtigsten Anträgen Stellung, unter denen die beantragte Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit für die Zeitungsredaktionen von besonderer Wichtigkeit ist. Die Befreiung der Sonntagsarbeit sei leicht möglich, während die Nachtarbeit im großstädtischen Zeitungsgewerbe nur nach und nach abgebaut werden könnte, weil damit eine Umschaltung der Zeitungsbezugsgabe verbunden sei. Wünschenswert sei aber unter allen Umständen eine mögliche Einschränkung der Nachtarbeit; die Verdienstsfrage dürfe da kein Hindernis bilden. In der folgenden Aussprache vertrat ein Redner in letzterer Beziehung den gegenteiligen Standpunkt. In der Frage des geteilten Dienstes und Aufschlags für Nachschichten haben sich Zentralkommission und Berliner Vorstand mit dem Tarifamt ins Benehmen gesetzt; eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes ist zu erwarten. — Die nächste Versammlung findet des Pfingstfestes wegen schon am 1. Juni statt. Drei Neuaufnahmen konnten vollzogen werden, zwei Neumeldungen liefen ein.

Brandenburg. Unsere Versammlung am 12. April beschloß sich nach Erledigung von drei Neuaufnahmen sehr eingehend mit der Tarifauschussüberprüfung. Die Versammlung erklärte sich nach ergeblicher Votum für die folgende Resolution, welche dem Gauvorkand und Gesellenvertreter als Material überweisen werden soll: „Die Versammlung des Brandenburger Buchdruckergehilfenvereins erkennt voll und ganz an, daß bei der letzten Tarifauschussüberprüfung seitens der Gesellenvertreter das Mögliche getan wurde, um gesunde Verhältnisse in unserm Gewerbe zu schaffen. Sie bedauert aber aufs tiefste die Abmachung, wonach es vor dem 31. August nicht möglich sein sollte, an eine Neuregelung der Lohnsätze heranzugehen. Durch die andauernde Steigerung der Lebensmittelpreise, wie auch durch erhöhte Steuern und Mieten ist diese letzte Feuerungszulage nicht nur ausgeglichen, sondern schon demachen weit überschritten, daß die Gehilfenschaft nicht in der Lage ist, mit dem jetzigen Verdienste die Ausgaben einigermaßen in Einklang zu bringen, geschweige denn die allernotwendigsten Anschaffungen an Wäsche und Kleibern vorzunehmen. Im Interesse einer ruhigen Weiterentwicklung des Buchdruckergewerbes fordert die verammelte Gehilfenschaft von dem im Mai zusammen tretenden Tarifauschuss: 1. Sofortige Erhöhung des Lohnes den gegebenen Verhältnissen entsprechend, um den Gehilfen ein gesichertes Auskommen zu gewährleisten. 2. Herabsetzung der Arbeitszeit und weitgehendste Verlebenswilligung, damit die Arbeitslosen nach Möglichkeit untergebracht werden können. Nur bei Berücksichtigung dieser Punkte ist es möglich, weiterhin die Ruhe und Ordnung in unserm Gewerbe aufrecht zu erhalten. Von der Regierung fordert die Versammlung einen sofortigen Abbau der unerwünschten Lebensmittelpreise und sofortige Einbringung eines Notgesetzes gegen die unberechtigten und übertriebenen Meißelsteigerungen.“

T. Bunsau. Eine außerordentliche Versammlung am 23. April nahm Stellung zu der bevorstehenden Tarifauschussüberprüfung. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die letzten Feuerungszulagen seien schon längst von der Feuerung überholt, und mit den jetzigen Löhnen sei kaum auszukommen. Kollege Wehke erstattete danach den Kartellbericht.

-1. Donauwörth. Am 12. Mai sind es 50 Jahre, daß unser Kollege Franz Labfeller dem Buchdruckerberuf angehört. Geboren am 22. Dezember 1854 in Saldhaußen bei München, trat er am 12. Mai 1869 in der Buchdruckerei C. Schürck in München in die Lehre. Dort lernte er 1873 aus, ging dann in Konstantin nach Wien, wo er infolge des Börsenturms aufblühen mußte. Hierauf

genügte er zwei Jahre seiner Militärpflicht in München, um dann in Leipzig, München und Kaufbeuren von 1875 bis 1879 in mehreren Buchereien tätig zu sein. Seit 8. Mai ist Kollege Labstetter bei der Firma Buchhandlung Ludwig Auer (Pädagogische Stiftung Callianum) hier beschäftigt. In den achziger Jahren war er auch längere Zeit Vorstandsmitglied unseres Ortsvereins. Möge es unserm Subilar vergönnt sein, noch einen frohen Lebensabend zu genießen!

Effen. Durch die immer rasender werdende Steigerung der Lebensmittelpreise und Bedarfspreise hat auch die Kollegenschaft des hiesigen Tariffschiedsgerichtsbezirks dem Beispiele der andern Berufsarbeiter folgen, und über die Köpfe der Instanzen hinweg Lohnforderungen stellen müssen. In einer öffentlichen Buchdrucker-Versammlung, die von beiden Organisationsstellen stark besucht war, kam in stürmlichem Drange die ungeheure Not der Kollegen zum Ausdruck. Zwar gelang es, gegenüber den radikalen Forderungen eines Teiles der Versammlung, der kurzherberand den Streik proklamieren wollte, die Bewegung in vernünftige Bahnen zu lenken. Im Prinzip wurde für das ganze Industriegebiet ein einbittlicher Lokalaufschlag (wie Berlin) gefordert. Da jedoch die Verhandlungen hierüber eine geraume Zeit in Anspruch nehmen werden, die Lage in unserm Beruf aber schlimmer und drückender wird, wurde eindrucksvoll sofortige Abhilfe der größten Not durch direkte Verhandlungen mit der Prinzipalität verlangt. Der damit beauftragten Kommission gelang es denn auch, von der Prinzipalität eine freiwillige Erhöhung um 12 Mk. pro Woche zu erzielen. Wenn auch damit in der jetzigen Zeit kein großes Rühmen zu machen ist, so verstand sich doch die am 1. April abgehaltene Versammlung zur Annahme des Erzielten. Erwartet wurde aber von der Reichsregierung, daß sie mehr wie bisher dem immer schmerzhafter auftretenden Lebensmittelpreisanstieg entgegentritt, andernfalls neue Forderungen unausweichlich sind. Die Erhöhung des Lohnes tritt am 31. März in Kraft und soll bei späterer tariflicher Regelung mit verrechnet werden können. — In der Monatsversammlung des Vereins am 5. April konnte denn auch berichtet werden, daß die Zulage durchweg zur Auszahlung gelangt war. Als weiterer Erfolg ist die Aufnahme von 15 Kollegen zu verzeichnen. Leider haben sich wieder einmal zwei Kollegen in recht infamer Weise an dem Gemeininteresse ihrer Berufskollegen verstoßen. Zwei Maschinenmeister, die fortwährend Nachdienst verrichten, schulkerten seit langer Zeit bei der Firma Wächter ausbittelsweise. Der Vorstand wurde erst durch ein Schreiben des Vorstehenden des Gutenbergsbundes darauf aufmerksam gemacht. Selbstverständlich ist gegen die beiden Sünder sofort eingeschritten und ihnen das Handwerk gelegt, außerdem ist gegen dieselben die höchstzulässige Strafe von 50 Mk. beim Tarifamt beantragt. Die Herren vom Gutenbergsbund erleben wohl daraus, daß wir noch Männer genug sind, Ordnung zu schaffen. Das parlamentarische Gerede im „Eppograp“ ist also recht überflüssig. Es stände ihnen besser an, erst vor der eigenen Tür zu kehren. Mannhaft ist es doch nicht, erst in der Betriebsversammlung entschließen für die durchgehende Arbeitszeit sich ins Zeug zu legen und nachher beim Stellen dieser Forderung zu knifeln und unsern Vertrauensmann schmählich im Stich zu lassen, wie es die Gutenbergsbänder mit samt ihrem Vorstehenden bei der „Eisener Volkszeitung“ be liebten. Ist es weiter als anständig zu nennen, wenn ihr Mitglied R. die Dressfälligkeit beifügt, daß er eine Lohnforderung damit begründet, daß er sonndlich viel mehr leiste als sein Mitkollege an der Maschine? Ist das nicht Demutlosentum aus niedrigsten Motiven? Diesen Herrn können Sie auch erleben, indem Sie ihn veranlassen, seine nebenberufliche Tätigkeit als Elektrotechniker und Unfallakteur von Licht- und Wasseranlagen aufzugeben. Auch in diesen Berufen gibt es Arbeitslose in Hülle und Fülle, die auf Arbeit warten.

Gotha. Eine Versammlung des Bezirks Gotha am 27. April, die trotz der miserablen Verkehrsverhältnisse aus zahlreichen Orten des Bezirks besucht war, nahm nach einem Referat des Gauvorsitzers Proq (Welmart) über: „Die wirtschaftliche Lage und die bevorstehende Tarifanschubsschub“, folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung fordert die Gehilfenvertreter auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß das Erstinstanzminimum der Gehilfen unbedingt um ein Erhöhen der Gehilfen, damit nicht weiter die traurige Tatsache zu verzeichnen ist, daß die Buchdrucker mit ihren Löhnen teilweise unter denen der ungelerten Arbeiter stehen. Von einer Gültigkeitsdauer der zu beschließenden Feuerungszulagen ist unbedingt abzugehen, weil wir über die zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisse absolut kein klares Bild haben. Um die immer mehr steigende Arbeitslosigkeit einzudämmen, fordert die Versammlung eine Verkürzung der Arbeitszeit in ganz Deutschland und eine tarifliche Verpflichtung der Feriengewährung von mindestens 14 Tagen. Weiter fordert die Versammlung die Einführung von Betriebsräten, um einen Einfluß auf alle Betriebsverhältnisse zu gewinnen.“

G. Graudenz. Auf Vorkstellwerden des gesamten Personals der Druckerei „Der Geselle“ um Gewährung einer Einschuldungslumme überwiegt der Verlag dem Betriebsausschusse 16000 Mk. zur Verteilung an das technische und kaufmännische Personal. Die Ferien erlöhnen eine Neuregelung. Es werden fortan bei einjähriger bis fünfjähriger Tätigkeit eine Woche, bei länger als fünfjähriger Tätigkeit zwei Wochen Ferien gewährt. Das Hilfspersonal erhält eine Woche Ferien.

Großsch-Begau-Zwenkau. In der Versammlung am 26. April wurde beschlossen, folgenden Antrag zur Tarifanschubsschub einzurufen: Der Tarifauschub sollte

bestehen: 1. Sofort, rückwirkend ab 1. Mai, eine mind. 25prozentige Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich auszuführen, wenigstens für die Städte, die, wie Großsch., nahe an der Großstadt liegen und demgemäß hohe Lebensmittelpreise bezahlen müssen; die 25prozentige Lohnverhöhung muß auf alle Städte ausgedehnt werden, die bis 30 km von der Großstadt entfernt sind; 2. sofort eine Ferienzeit von mind. 14 Tagen einzuführen bei Vorauszahlung des Lohnes; die Ferien sind auf alle Gehilfen auszudehnen, gleichviel wie lange sie im Geschäft tätig sind; 3. den Zentralvorstand zu ersuchen, bei der Generalkommission dahin zu wirken, daß endlich einmal an den Abbau der hohen Lebensmittelpreise herangegangen wird, und die Regelung zu ersuchen, die Freigabe des Handels mit Fern wieder aufzuheben; denn nur die Vollfraktionierung aller landwirtschaftlichen Produkte macht es uns möglich, die jetzige Zeit zu überleben.

E-Sagen I. M. Die am 27. April abgehaltene Versammlung unseres Ortsvereins beschloß sich in der Hauptsache mit der bevorstehenden Sitzung des Tarifauschusses. Allesamt kam zum Ausdruck, daß die stetig zunehmende Steigerung aller Lebensmittelpreise und die hierfür völlig unzureichende Vergütung die Gewährung einer ausreichenden Feuerungszulage unbedingt notwendig machen. Dies ist mit das Wichtigste, was die Gehilfenchaft von der Tarifauschubssitzung ermar. Unter den heuligen Umständen ist es geradezu unmöglich, auch nur das Minimum der rationierten Lebensmittel anzuschaffen, geschweige an Erloß für die während der letzten Jahre völlig aufgebrauchten Wäsche und sonstigen Bekleidungsstücke zu denken. Nach eingehenden Erörterungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Gehilfenvertreter des Tarifkreises II ist zu beauftragen, in der im Mai d. J. stattfindenden Tarifauschubssitzung zu verlangen, daß die Löhne der Buchdruckergehilfen denen der hiesigen Fabrikarbeiter der Metallindustrie zum mindesten gleichgestellt werden. Die Gehilfenchaft ist sich klar darüber, daß eine wirkliche Verbesserung ihrer Lebenslage durch das fortwährende Ansteigen der Löhne nicht eintritt, weil ein ständiges Ansteigen der Preise für den täglichen Bedarf mit ihnen gleichen Schritt hält. Da aber die Löhne in der Metallindustrie für die hiesigen Verhältnisse maßgebend sind, so ist es nicht anständig, daß eine kleine Arbeitsgarantie von Arbeitern schlechter gestellt bleibt. Es wird vielmehr hierdurch ihre Lage immer weiter verschlechtert, und nur durch Erfüllung ihrer gerechten Forderung werden die Gehilfen verlohnt, durch Selbsthilfe ihre Verhältnisse eingermachen erträglich zu gestalten.“

Seide (Hollz.). In der außerordentlichen Bezirksversammlung am 18. April in Melbort waren vertreten die Orte Sulum, Melbort und Seide; die übrigen Ortschaften konnten infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse nicht erscheinen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung des Bezirks Seide stellt in der jetzigen Entlohnung nicht den geringsten Ausgleich für die ständig steigenden notwendigen Lebens- und Verbrauchsmittel. Sie fordert deshalb alle Instanzen auf, in der im Mai stattfindenden Sitzung des Tarifauschusses für eine Erhöhung der Feuerungszulagen um mindestens 30 Mk. pro Woche, rückwirkend vom 1. April, auf das entscheidendste eintreten zu wollen; außerdem für tarifliche Regelung der Ferienfrage und Gewährung von Ferien noch in diesem Sommer. Wir erwarten bestimmt von unsern Vertretern, daß sie unsere Interessen voll und ganz vertreten werden.“

Jena. Unsere aufbelebte Versammlung am 26. April erbrachte zunächst das Bedacht eines versprochenen Kollegen, beauftragte jedoch einen Kollegen mit den Arbeiten des vorübergehend abwesenden Schriftführers und erledigte ferner acht Tagesordnungspunkte in sachlicher Weise. Die Kollegen Gans, Meinhardt, Wandenberg und Zimmer sind nunmehr länger als 25 Jahre Mitglieder der Organisation. Zwei Aufnahmegegelsche wurden empfehlend weitergegeben. Die Vierteljahrsabrechnung wurde gutgeheißen. Längere Zeit beanspruchte die Ansprache über die bevorstehende Tarifanschubsschub. Ein eingehend begründeter Antrag forderte: 1. Das Berechnen ist abzuschaffen. 2. Erhöhung des Grundlohns ohne Lokalaufschlag auf 70 Mk. nach dem ersten, 80 Mk. nach dem zweiten und 90 Mk. nach dem dritten Gehilfenjahre pro Woche für das ganze Reich. 3. Erhöhung des Lokalaufschlags für Jena auf 17%, Proz. gemäß des Auftrags der hiesigen Beamten in eine höhere Serviceklasse (von C auf B). 4. Ferien: nach einjähriger Beschäftigungsdauer 1 Woche, nach dreijähriger 2 Wochen, nach sechsjähriger 3 Wochen. Verschiedene Sprecher ergänzten die schriftliche und mündliche Begründung, und schließlich gab die Versammlung einstimmig dem Vorstande den Auftrag, unsern Gehilfenvertreter den Antrag zur energischen Vertretung zu übergeben. Die Kollegen beschloßen sodann, in einfacher Weise das diesjährige Johannistfest zu feiern, hörten den Kartellbericht und gaben einstimmig ihre Zustimmung zum korporativen Beistritt des Ortsvereins zur Volkshochschule. Gegen Schluß gab Kollege Kammer den Bericht von einer loeben geschlossenen Vertrauensmännerführung sämtlicher Betriebe, die sich mit der Maiteler und dem hier drohenden Generallstreik infolge Anwesenheit von Reglerungsgruppen befahte.

Köln. Die reichhaltige Tagesordnung unserer Monatsversammlung vom 6. April erbrachte eine Änderung dahin, daß auf schriftlichen Antrag einer großen Anzahl Kollegen ein Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Marum über „Die neue Reichsversammlung“ abgelehnt und stat dessen „Die Lohnfrage in unserm Gewerbe“ zur Besprechung gestellt wurde. Nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen und Outhaltung des gedruckt vorliegenden

Kassenberichts vom vierten Vierteljahre 1914 machte die Versammlung eine Entlohnung des Bezirksvereins Essen, die die Befestigung der Nacht- und Sonntagsarbeit in unserm Gewerbe fordert, zu der übrigen. Der Vorstand wurde beauftragt, durch eine Eingabe die Verwaltung der Stadt Köln zu ersuchen, für die Buchdruckerfachklasse der städtischen Fortbildungsschule eine kleine Buchdruckerpresse zu beschaffen, deren Bewilligung von der Stadtvorordnetenversammlung auf Antrag des Bezirksvereins Köln des Verbandes der Deutschen Buchdrucker von der Tagesordnung abgelehnt worden war. Das 25jährige Verbandsjubiläum der Kollegen Joseph Vertram und Fritz Pappenberg wurde in fälscher Form begangen und den Subilaren ein Diplom überreicht. Einstimmig stimmte die Versammlung einem Antrage des Vorstandes zu, das Johannistfest durch eine zeitgemäße Feiertagsfeier zu begehen. Eine ungewohnt rege Ansprache lehrte bei der Besprechung der „Lohnfrage in unserm Gewerbe“ ein. Einige waren sich als Rebner in der Befestigung, daß der Lohn der Buchdruckergehilfen nicht annähernd ausreichte, um in dieser Zeit der Feuerung auch nur die kleinste Familie vor Not und krasster Entbehrung zu schützen. Ausreißend sei es, wenn infolge der unzureichenden Entlohnung der Buchdrucker notwendige Nahrungsmittel und Bedarfsartikel nicht kaufen könne. Wäre schon während der Kriegszeit das Einkommen der Buchdruckergehilfen hinter dem der Arbeiter anderer Berufe zurückgeblieben, so sei es heute fast skandalös, wenn man dauernd feststellen müsse, daß fast ausnahmslos der ungelerte Arbeiter und der Notstandsarbeiter in seinem Lohne den Buchdrucker weit überholt habe. Die Versammlung wählte eine Kommission, die gemeinsam mit dem Vorstande betreffs Erhöhung der Feuerungszulagen mit den Prinzipalen sofort in Verhandlungen treten soll. Dem Gauvorsitzende wurden 39 Kollegen zur Aufnahme empfohlen.

-s-Königsberg. In der Versammlung vom 30. März gab zunächst der Vorstehende einen Bericht über die Verhandlung mit den Prinzipalen wegen Erhöhung der Feuerungszulagen. Erwidern unsere Vertreter mit aller Wärme für die Forderungen der Gehilfen eintraten, lehnten die Prinzipale jede Erhöhung ab. Der Vorstehende des hiesigen Schlichtungsausschusses erklärte sich bereit, die Prinzipale zu einer gemeinsamen Sitzung mit der noch zu wählenden Lohnkommission zum 3. April zu laden. Nachdem die von über 300 Mitgliedern besuchte Versammlung über den Verlauf der Verhandlungen mit den Prinzipalen Näheres erfahren hatte, bemächtigte sich ihrer eine heftige Erregung. Sämtliche Rebner verurteilten als schärfste die ablehnende Haltung der Prinzipale gegenüber unserer, nur aus drückendster Not gestellten Forderung. Die Gehilfenchaft erklärte sich einstimmig, falls die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschub ohne Resultat verlaufen sollten, geschlossen auch das letzte Mittel anzuwenden. In die Lohnkommission wurden der Gauvorsitzende, der gelamte Ortsvorstand, der Gehilfenvorstehende des Tariffchiedsgerichts und drei Kollegen aus der Mitte der Versammlung gewählt. — Die Versammlung vom 6. April nahm Kenntnis von dem Resultat der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschub. Durch das warme Eintreten des Vorstehenden des Schlichtungsausschusses für unsere Forderungen sind folgende Vereinbarungen zustande gekommen: Ertragsauszahlung eines Wochenlohns mit Feuerungszulage, Erhöhung der Feuerungszulage um 15 Mk. pro Woche, rückwirkend vom 29. März.

Landshut. In der sehr gut besuchten Versammlung am 27. April wurde bei „Stellungnahme zur Tarifanschubsschub“ nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mitgliebschaft Landshut fordert in Anbetracht der weiteren Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel eine Erhöhung der Feuerungszulage um mindestens 15 Mk. pro Woche, ferner die Einführung der 44-Stunden-Woche. Ebenso ist die Gewährung eines Sommerurlaubs bei einjähriger Beschäftigungsdauer von 6 Arbeitstagen, bei dreijähriger Beschäftigungsdauer von 12 Arbeitstagen tariflich festzusetzen.“

Albstadt. Die Versammlung am 3. Mai nahm zur Tarifanschubsschub folgende Resolution an: „1. In Anbetracht der rapid steigenden Preise aller Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel ist die Feuerungszulage für alle Gehilfen um 30 Mk. zu erhöhen, rückwirkend ab 1. Mai 1919. 2. Allen Gehilfen ist ein Ferienurlaub von 6 Tagen bei einjähriger Tätigkeit, 12 Tagen bei fünfjähriger und 18 Tagen bei sechsjähriger Tätigkeit zu gewähren bei Fortzahlung des Lohnes. 3. Um der großen Arbeitslosigkeit in unserm Beruf abzuhelfen, ist bis auf weiteres die tägliche Arbeitszeit auf 7 Stunden einschließ- lich Pausen festzusetzen; dieselbe hat in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu liegen. 4. Die Nacharbeit ist im Buchdruckerberufe völlig abzuschaffen. 5. Um das Abergewinnnehmen energisch zu bekämpfen, ist jede zu leistende Abergewinn mit mindestens 200 Proz. vom Gesamtlohn zu berechnen. 6. Um die Tarifgemeinschaft den veränderten Verhältnissen anzupassen, ist ein völliger Neuaufbau des gesamten Tarifs erforderlich.“ Weiter wurde beschlossen, das diesjährige Johannistfest mit dem 70. Stiftungsfeste zu verbinden und es am 29. Juni zu feiern.“

Wetzlar. In der am 12. April abgehaltenen Versammlung wurde hauptsächlich die Lohnfrage besprochen und der Beschluß gefaßt, bei der Geschäftsstellung der „Wetzlarer Zeitung“ vorstellig zu werden. Nach Rücksprache mit dieser wurde den Gehilfen 15 Mk. pro Woche zu der bisherigen Feuerungszulage mit rückwirkender Kraft vom 1. April bewilligt, außerdem werden dem gesamten Personal einschließ- lich der Lehrlinge drei bzw. acht Tage Ferien gewährt. Die zweite Druckerei zahlt ihrem Gehilfen schon lange den sechsten von uns erzielten Geh.

(Setze eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit Abo- und Ercheinungsabum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 52 — Leipzig, den 13. Mai 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Münster 1. Wehl. In der am 5. April abgehaltenen Monatsversammlung wurden die vorliegenden zwölf Aufnahmegeleude dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. Einmütig sprach sich die Versammlung aus für die Abhaltung der Nacharbeit in Zeltungsbetrieben. Gegenüber dem Bestreben, die bewährten Gewerkschaften zu zerstückeln und die erprobten Gewerkschaftsführer zu befehligen, wurde die Abhaltung der Verbandsgeneralversammlung als sehr notwendig bezeichnet und hervorgehoben, daß auch die Anpassung unserer Organisation an die Tarifgemeinschaft an die neuen Verhältnisse die Abhaltung einer Generalversammlung erfordere. Von der demnächst zusammenzutretenden Tarifauschubstung wurde infolge der weiter fortschreitenden Verteuerung des Lebensunterhalts eine entsprechende Lohnerhöhung erwartet, da mit dem jetzigen Verdienste nicht mehr zu leben sei, und der Vergleich mit den Löhnen anderer Arbeiter auch eine namhafte Lohnerhöhung rechtfertige. Der Vorstand wurde beauftragt, mit der Prinzipalkität wegen Gewährung einer einmütigen freiwilligen Zulage in Verbindung zu treten.

Bezirk Offenbach a. M. Am 15. April tagte eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung, welche sich unter anderem mit der im Mai stattfindenden Tarifauschubstung beschäftigte. Eingangs ehrte man das Andenken der verstorbenen Kollegen Bais, Lorenz und Brömberg in der üblichen Weise, worauf eine fastliche Anzahl Aufnahmegeleude dem Gauvorstand empfohlen werden konnte. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Tarifauschubstung in Berlin“. In prägnanter Weise legte Kollege Pilschner den Anwesenden unsere Forderungen vor, zum Schluß dem Wunsch Ausdruck verleihend, daß unsere Geschillenvertreter, dem Zuge der Zeit folgend, den Prinzipalvertretern die Augen öffnen möchten für die Notlage der Gewillenschaft. Folgende Entschlüsse fand einstimmige Annahme: „Die am 15. April 1919 im „Rheinischen Sozialverammelten Kollegen erklären nach eingehender Aussprache, sich den von Hanau und Frankfurt gestellten Forderungen: 90 Mh. Mindestwochenlohn und Gleichstellung des Lokalzuschlags Frankfurt-Offenbachs mit Berlin, anzuschließen. Sie erwarten von ihrem Kreisvertreter, daß er diese Forderungen auf der kommenden Tarifauschubstung mit aller Energie durchzusetzen sich bemüht. Die täglich steigende Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter macht es unsern Kreisvertreter zur Pflicht, auf sofortiger Auszahlung des höheren Lohnes, rückwirkend bis 1. April d. J., zu bestehen. Als einen weiteren wichtigen Punkt erachten die Offenbacher Kollegen die tarifliche Einführung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Bestehende bessere Bedingungen in bezug auf Ferien dürfen durch die tarifliche Einführung nicht verschlechtert werden. Als eine besonders dringende Notwendigkeit hält die Kollegenschaft die Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung“. In diesem Jahre wieder ein Johannisfest zu arrangieren, wurde gutgeheißen. Die Mitteilung, daß der Bezirksvorstand in bezug auf die Vergütung der städtischen Druckarbeiten den betreffenden Anstellungen einen Änderungsvorschlag unterbreitet, und daß dieser Vorschlag begründete Aussicht auf Erfolg habe, schloß die Versammlung.

Regenwalde. Auf Antrag ihres Personals bewilligte die hiesige Buchdrucker Walter Dille eine Lohnzulage von wöchentlich 10 Mh. pro Gehilte ab 28. April.

Reutlingen. In der am 26. April abgehaltenen außerordentlichen Versammlung wurde nach lebhafter Debatte einstimmig beschlossen, an die hiesige Prinzipalkität eine Eingabe zu richten um Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Teuerungszulage. Da Reutlingen in der Teuerung mit an der Spitze marschieren, wurde zur Tarifauschubstung beantragt, den Lokalzuschlag von 7% Proz. auf 15 Proz. für Reutlingen zu erhöhen. Schließlich wurde von der Versammlung noch eine Resolution angenommen, in welcher der Tarifauschubstung erlucht wird, eine Vorlage zwecks Schaffung von Betriebsräten vorzubereiten und sie der Regierung als Vorschlagsvorlage zu unterbreiten.

Rostock. Die Versammlung am 25. April beschäftigte sich u. a. mit der Tarifauschubstung im Mai und nahm eine Resolution an, in der verlangt wird, daß Rostock (von der Schweriner Regierung als teurer Ort publiziert) einen höheren Lokalzuschlag erhält, ein sofortiger höherer Teuerungszulage eingeführt wird, und daß an Tagen vor Sonn- und Festtagen eine verkürzte Arbeitszeit eintritt, ebenso die tarifliche Festlegung von Ferien. Bei dem kürzlichen Vorkommnisse betrefls Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage haben die meisten Firmen hiororts 40 Mh. bewilligt. Die Firmen C. Boldt und Adlers Erben bewilligten außerdem drei resp. sechs Tage Ferien.

Stendal. Am dem krassen Mißverhältnisse zwischen unsern Löhnen und den immer mehr steigenden Preisen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel einhergehen zu feuern, ist zwischen dem Ortsverein und der Prinzipalkität auf dem Wege gültiger Vereinbarung folgende Verständigung zustande gekommen: Ab Osterabend erhält jeder Gehilte eine weitere wöchentliche Teuerungszulage von 10 Mh. Diefelbe ist auf die im Mai vom Tarifaus-

schusse zu beschließenden Teuerungszulagen in Anrechnung zu bringen. Der Ortsverein hat jetzt gegen 70 Mitglieder.

Waldenburg i. Schl. Durch Vorkstellwerden der gesamten organisierten Gehillenschaft wurde hier eine Entschuldungsbefehle von 50 bis 250 Mh. bewilligt, und zwar bei einer Gehillenschaftszahl von einvierel bis fünf Jahren. Ledige erhalten zwei Drittel der Sätze. Militärzeit wird als Gehillenschaftzugehörigkeit angesehen, wenn der betreffende Gehilte vor seiner Einziehung ein halbes Jahr im Geschäft war.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat. In Augsburg langiert Kollege Hans Edelmann als Vorsitzender des Arbeiters, Bauern- und Soldatenrats sowie als Stadtkommandant. — In Neuruppin: Rudolf Wendi als Vorsitzender im Arbeiterrat. — In Forst i. B.: Karl Bacher (als Vorsitzender). — In Passau: Karl Maier.

Buchdrucker im Kommunaldienst. In Gottesberg i. Schl.: Friedrich Welzel als Stadtordeener (gleichzeitig als Stadtordeenervorsteher und Kreisratsabgeordneter). — In Neuruppin: Rudolf Wendi (gleichzeitig als Vorsteherstellvertreter), Moris Seebold und Karl Heinemann. — In Forst i. B.: Karl Bacher als Gemeindevorsteher. — In Wittichen (Ostpr.): Gustav Wilschert. — In Volkenshain: Max Berger (gleichzeitig als Kreisratsabgeordneter). — In Sterkrade: Reinhold Pohl als Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule, Rich. Adrian als Vorsitzender des Arbeiterrates. — In Schönwalde bei Sorau: Georg Ortlach. — In Anklam: Will Neumann als stellvertretender Stadtordeenervorsteher, Albert Lemde als Stadtrat und Kreisratsabgeordneter. — In Passau: Dambach als Delegierter für die Preisprüfungsstelle, Axel als Erklärtster beim Volksgericht. — In Sargau: Albert Kolv als stellvertretender Stadtordeenervorsteher.

Buchdrucker im Volkshammern. Kollege Bruno Wittig in Buchbach wurde als Abgeordneter in die hiesige Volkshammer gewählt. — In die bremische Nationalversammlung sind die Kollegen Kießel, B. Groll, L. Weigand, S. Rhein und S. Donath entsandt worden; die beiden letzteren wurden auch in den Senat gewählt.

Ferien für Lehrlinge. Ein Kölner Kollege schreibt uns zu dieser Erweiterung des Ferienhemas folgendes: Man lese sich einmal die Statistik unserer Berufskrankheit an, und es wird sich zeigen, daß die meisten Krankheits- und Sterbefälle in dem Alter zwischen 20 und 35 Jahren liegen. Woher kommt das? Doch nur davon, daß der Keim zu dieser entsetzlichen Krankheit sich schon in den Lehrjahren einnistet. Wer kennt nicht das stechende Gefühl in Brust und Rücken, das sich vielfach schon im ersten Lehrjahre bemerkbar macht? Da heißt es zeitig vorbeugen! In den acht Schuljahren gewährt man ausgiebige Erholungspausen, und nun soll der heranwachsende junge Körper deren nicht mehr bedürfen? Hier ist eine bedenkliche Lücke in der Sozialgesetzgebung. Will man ein Abel bekämpfen, so greife man es an der Wurzel an. Spätere „Suren“ sind von zweifelhaftem Erfolg. Uns Gehillens kann es nicht gleichgültig sein, wie unser Nachwuchs gesundheitslich gestellt ist. Deshalb sei die Forderung erhoben: Schon in diesem Jahre zwei Wochen Ferien für die Lehrlinge!

Niederige Handlungsweise eines Gutenbergbündlers. Es ist nicht unsere Art, fortgesetzt unsern kostbaren Raum zu verschwenden, um diesem oder jenem Gutenbergbündler auf die Finger zu klopfen, wenn er sich entsprechend benimmt. Einmal läuft einem aber doch die Galle über. Der unter dem Namen „Moftrich-Streich“ bekannte Herr Streich hatte kürzlich in Belgard i. P. in Sachen eines Bündlers bei der Firma Klomp zu tun. Diese Gelegenheit benutzte Streich dazu, den Vorstand der Deutschnationalen Partei aufzulockern, um auf ihn einzuwirken, daß in der deutschnationalen „Belgarder Zeitung“ nur Mitglieder des Gutenbergbundes beschäftigt würden, denn ein Sozialdemokrat — jenes Verbandsmitglied — wäre bestimmt dort. Nachträglich hatten jedoch zwei weitere Verbandskollegen ihren Einzug in die genannte Druckerel gehalten, und einer von diesen verlangte nun, daß der gemelte Streich des „Moftrich-Streich“ bekannt geworden war, von dem neuen Chef — die Firma war inzwischen in andere Hände übergegangen — Klarheit in dieser Angelegenheit. Der neue Chef, Herr Johansen, war empört über die Handlungsweise des „Moftrich-Streich“ und erklärte dem Personal gegenüber, daß er nicht nach der Organisationszugehörigkeit seiner Gehillens frage; die Hauptfache sei, daß jeder seine Pflicht tue. „Moftrich-Streich“ war also hereingefallen. Seine Machinationen aber mögen durch diese Veröffentlichung der Nachwelt erhalten bleiben, ebenso das schäbige Verhalten des Vorstandsmitgliedes der Deutschnationalen Partei in Belgard, eines Sparratskontrolleurs, welcher dem Streich versprach, dafür zu sorgen, daß

keine Sozialdemokraten die deutschnationale Zeitung herstellen sollten.

Zur Millimeterberechnung der Anzeigen. In Nr. 38 des „Korr.“ hatten wir durch eine Rundschau auf das Bestreben gewisser Kreise aufmerksam gemacht, die Zellenberechnung der Inserate durch eine Millimeterberechnung zu ersetzen, und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß diese Berechnungsmethode für den Seher mit einem, wenn auch geringen Zeitverlust verbunden ist. Seitens der Gehillenschaft der „Blinischen Volkszeitung“, welche diese Meinung bereits eingeführt hat, sind uns nun auf Grund der besagten Notiz einige Tabellen übermittelt worden, von welchen jedem in dem genannten Betriebe beschäftigten Seher ein Exemplar zur Verfügung steht und die diesem in überflüssiger Weise eine Umrechnung der vorgeschriebenen Millimetergröße des betreffenden Interests in die richtige Zellenzahl ermöglicht. Wir nehmen hieron gern Notiz und empfehlen unsern Kollegen in allen Zeltungsbetrieben, welche die Millimeterberechnung eingeführt haben oder einzuführen beabsichtigen, darauf hinzuwirken, daß derartige Umrechnungstabellen eingeführt werden, damit eine Besatzstellung durch unnötigen Zeitverlust in Wegfall kommt.

Zeltungsverlegercourage. In Witten (Westfalen) haben sich bekanntlich die Buchdrucker dazu hergegeben, durch passives Resistenz gegenüber der Herstellung eines Berichts über eine Stadtordeenerverammlung der dortigen Stadtverwaltung begreiflich zu machen, daß sie die Pflicht hätten, ihre amtlichen Bekanntmachungen dem Herausgeber der sie veröffentlichen Zeitung auch angemessen zu bezahlen. Wir haben dazu in Nr. 47 unsere Meinung schon dahingehend geäußert, daß wohl dem Verleger in solchen Fragen entsprechende Maßnahmen zuzutreten würden, nicht aber dem technischen Personal, da dieses dadurch ganz unbilligerweise in eine Situation kommen kann, die der Rolle eines Prügelstrafen ähnlich ist. Wir wollten damit in erster Linie zum Ausdruck bringen, daß es Sache des Zeltungsverlegers sein muß, für die ihm überlassenen Aufträge eine angemessene Vergütung zu fordern, und nicht andre vorzuziehen, die ihm die Skatanten aus dem Feuer holen sollen. Wir kommen auf diese Angelegenheit noch einmal zurück, weil uns inzwischen noch ein anderer Fall bekannt geworden ist, der ein eigenartiges Licht auf das Verhalten eines Zeltungsverlegers in der gleichen Frage, d. h. hinsichtlich der Vergütung amtlicher Bekanntmachungen, wirft. Es handelt sich um einen Zeltungsverleger in einer gar nicht kleinen Stadt des Rheinlandes; dieser ersuchte vor einiger Zeit den Vorstand unseres dortigen Ortsvereins, er möchte bei den Stadtordeenern für die Erhöhung der Entschädigung für amtliche Anzeigen oder Bekanntmachungen der betreffenden Stadtverwaltung eintreten. Der betreffende Ortsvereinsvorstand erkannte die aufgeregte Forderung als vollst. berechtigt an und arbeitete ein entsprechendes wirkungsvolles Gesuch in der angelegentlichsten Achtung aus. Der Zeltungsverleger nahm aber dann Anstoß daran, daß in dem Gesuch eine genaue Angabe der Zeltenszahl der amtlichen Bekanntmachungen im letzten Jahr enthalten war. Er wünschte deren Streichung, weil sonst ein Zusammenhang zwischen seiner Person und den Gehillensstellen angenommen werden könnte. Der Vorstand unseres Ortsvereins lehnte jedoch diese Streichung aus ganz berechtigten Gründen ab und verzichtete daher auch auf die Abwendung des Gehiltes überhaupt. Da haben wir wieder so ein typisches Beispiel von der Abhängigkeit der Presse vom Inseratentel und von der Willkür gewisser Zeltungsverleger gegenüber Behörden! Der Männerfroh vor Königschronen war ja in Streifen der Zeltungsverleger von lehr keine besondere Tugend; daß nun aber auch noch in der Revolutionszeit, wo es sich in der Hauptsache darum dreht, endlich einmal der Arbeit zu ihrem langverdierten Rechte zu verhalten, Zeltungsverleger nicht den Mut finden, offen und frei für eine anständige Vergütung der von ihnen geleisteten Leistungen einzutreten, ist geradezu traurig. Jeder Schuster fordert für seine Arbeit angemessene Vergütung, auch wenn es sich um ein Paar Schuhe für einen Müllster oder Bürgermeister handelt. Die Zeltungsverleger gehen sich aber immer noch, sich ihre Arbeit auch von Behörden zeitgemäß bezahlen zu lassen. Es ist sehr bedauerlich, daß Mitglieder eines Standes, in dessen Hände die Verbreitung der öffentlichen Meinung gelegt ist, nicht einmal den Mut haben, ihre Meinung der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten; nicht einmal dann, wenn es sich gegenüber öffentlichen Körperlichkeiten handelt, die ausdrücklich dazu berufen sind, das allgemeine Wohl durch gleichmäßige Behandlung und Bewertung aller sozialen und beruflichen Schichten zu fördern.

Vom Schlußverband deutscher Schriftsteller. Der gewerkschaftliche Ausbau sowie der Abschluß von Normativ- und Tarifverträgen waren die Hauptverhandlungsgegenstände bei am 4. Mai in Berlin abgehaltenen Generalversammlung dieser Organisation. Im Laufe der nächsten drei Monate hofft man die für das geistige und wirtschaftliche Leben der deutschen Schriftsteller wichtigen Fragen erledigen zu können.

Ein Tarifauschub für die sächsische Presse. Der Bezirksverband Dresden der sächsischen Presse beschloß,

elnen Tarifsausschuss einzusetzen, der sofort einen Mindesttarif für Redakteure und Schriftsteller auszuarbeiten, diesen dem Landesverband der sächsischen Presse vorlegen und sodann mit den Verlegern verhandeln soll.

Zur Versteuerung der Gewerkschaftsbeiträge und der Steuerungszulagen. Das preussische Finanzministerium hatte auf Ersuchen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands entschieden, daß die Aufwendung des Arbeiters für Arbeitskleidung, nicht aber die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden dürfen. Daraufhin ist nun von der Generalkommission unter dem 17. April dem Finanzminister in einer erneuten Eingabe das Ersuchen unterbreitet worden, dafür zu sorgen, daß der Abzug der Gewerkschaftsbeiträge vom Arbeitslohn kommen gestattet wird. Im Falle der Undurchführbarkeit im Verwaltungswege ist seitens der Generalkommission eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes vorgeschlagen worden. In der ausführlichen Begründung der Eingabe wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß der Arbeiter heutzutage gewissermaßen gezwungen ist, seiner Berufsorganisation anzugehören und Beiträge an dieselbe abzuliefern, weil davon die Sicherung und Erhaltung des Ertrages seiner Arbeit abhängig ist. Des weitern ist in der Eingabe verlangt worden, daß die Steuerungszulagen der Arbeiter und Privatangestellten ebenso von der Steuerbefreiung befreit werden wie die der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten. Die Eingabe verweist mit Recht darauf, daß die Steuerungszulagen keineswegs eine Besserstellung des Arbeiters und der Privatangestellten bedeuten, daß sie in den meisten Fällen einen völlig unzureichenden Ausgleich für die heutzutage verlorene Lebenshaltung darstellen, und daß aus diesem Grunde alle Steuerungszulagen hinsichtlich der Steuerbefreiung unbedingt gleichmäßig zu behandeln sind.

Der Aufstieg der Gewerkschaften. Am Schlusse des dritten Viertel des Jahres 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1.415.452 Mitglieder. Von diesem Zeitpunkt an ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stetig und gewaltig gestiegen, so daß am Schlusse des vorigen Jahres etwa zwei Millionen, Ende Januar d. J. bereits zweieinhalb Millionen und Ende Februar drei Millionen Mitglieder vorhanden waren. Gegenwärtig ist die dritte Mitgliedermillion der der Generalkommission angehörenden Zentralverbände überschritten! Dieser starke Mitgliederzuwachs ist zwar zum großen Teil auf die Demobilisation zurückzuführen, bedeutet aber immerhin gegenüber der höchsten Mitgliederzahl vor dem Kriege von 2.482.046 im Juni 1914 einen ganz gewaltigen Zustrom. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Statut auf dem in nächsten Monat in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongress beraten werden soll, seine Tätigkeit mit einer Gesamtmitgliederzahl von fünf Millionen aufnehmen können; vorausgesetzt, daß nicht welche Gebiete durch den Friedensvertrag vom Deutschen Reich abgetrennt werden, und daß es den in Betracht kommenden Arbeitern nicht unmöglich gemacht wird, der deutschen Gewerkschaftszentrale auch fernerhin anzugehören.

Neue Steuerungszulagen im Malergewerbe. Zwischen den beiderseitigen Vertretern im Malergewerbe wurde am 29. April im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorherrsche des Landgerichtsrats Wull über weitere Steuerungszulagen verhandelt. Das Ergebnis spielte in einer Erhöhung des Stundenlohnes um 50 Pf. für Groß-Berlin und Groß-Hamburg und um 40 Pf. in allen andern Wohngebieten Deutschlands. Für Rheinlands-Westfalen ist bereits früher und besonders verhandelt worden, wobei eine anders formulierte, in ihrer praktischen Wirkung jedoch ungefähr gleichartige Vereinbarung getroffen wurde.

Briefkasten

Th. B. in A.: 1. Warum denn so etwas erst am 7. Mai abklären? In der Nummer vom 3. Mai haben wir doch schon erklärt, daß die Wahl der Disziplin gemacht wird! War also nur noch auf dem in vorliegenden Nummer gegebenen Wege möglich, da Vorsitzhaber "diesse" aneben. **A. G. in B.:** O quid mirum? Ich bin nicht einleuchtend, auch wenn es länger währt als voraus. **G. E. in B.:** Die ausländischen Wähler wieder mit diesem Dank erhalten. **G. A. in M.:** 1. Der zweite Band der Geschichte unserer Organisation kommt bis jetzt noch nicht in Ansehung.

genommen werden; es dürfen noch einige Jahre bis zu seinem Erscheinen vergehen. Um so kräftiger solle in allen Mitglieberschaften der Kampf des ersten Bandes betrieben werden, da er den Unterbau des zweiten bildet. 2. Die Wiedergabe der in guter Anzahl vorhandenen Rezensionen über den ersten Band ist 1918 unterbleiben, da diese durch die damals eintreffende Papierkonjunkturerhöhung unzulässig gemacht wurde. — **U. Sch. in Leipzig:** Für Anerkennung besten Dank. Artikel leider demnach! Aufnahme. Bezüglich des nächsten Heftes kann leider nichts Bestimmtes gesagt werden. — **M. B. in Berlin:** 3, 45 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.
Sprechstunde: Ami Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung, Adressenänderungen der Reisekasseverwalter betreffend.

Die verehrlichen Reisekasseverwalter werden ersucht, uns von Änderungen ihrer Adresse und in der Auszahlzeit zwecks Berücksichtigung des Adressenverzeichnisses auf der Rückseite der Reiselegitimationen bis 22. Mai Kenntnis zu geben. Später eingehende Adressenänderungen können bei dem nächsten Neudruck der Reiselegitimationen nicht mehr berücksichtigt werden.
Berlin. Die Hauptverwaltung.

Bezirk Kattowitz. Der unbekannt abgereiste Schweizerdegen Paul Klobner wird aufgefordert, seine drei Reste aus Pleß an den Bezirkskassierer Max Heinrich in Jelenze, Mollkestraße 22, einzulenden, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Württemberg die Geher 1. Friedrich Dierich, geb. in Bempflingen 1882, ausgl. in Kronberg 1900; 2. Johann Schilling, geb. in Nürnbach 1896, ausgl. in Buchau 1914; waren schon Mitglieder; 3. Wilhelm Bittner, geb. in Stuttgart 1900, ausgl. dal. 1919; 4. Otto Bockler, geb. in Bergerhausen 1901, ausgl. in Ulm 1919; 5. Friedrich Büchel, geb. in Mergentheim 1897, ausgl. dal. 1915; 6. Eugen Haas, geb. in Wiblingen 1899, ausgl. dal. 1919; 7. Friedrich Hermann, geb. in Großgartach 1901, ausgl. in Heilbronn 1919; 8. Gustav Killeberger, geb. in Mellingen 1864, ausgl. dal. 1881; 9. Karl Ahaus, geb. in Södingen 1901, ausgl. in Heilbronn 1919; 10. Johann Maier, geb. in Ulm 1885, ausgl. in Horb 1904; 11. Ernst Schilling, geb. in Freudenstadt 1901, ausgl. dal. 1919; 12. Ewald Schlenker, geb. in Schweningen 1901, ausgl. dal. 1919; 13. Georg Schlotter, geb. in Reichenbach 1898, ausgl. in Mellingen 1916; 14. Paul Schmitt, geb. in Stuttgart 1901, ausgl. dal. 1919; 15. Wilhelm Schlichter, geb. in Stuttgart 1900, ausgl. dal. 1919; 16. Erwin Schlichter, geb. in Mellingen 1901, ausgl. dal. 1919; 17. Karl Wally, geb. in Pfladerhausen 1901, ausgl. in Stuttgart 1919; 18. Gotthilf Würtler, geb. in Miltelstadt 1801, ausgl. in Mellingen 1919; die Drucker 19. Erwin Grimm, geb. in Stuttgart 1901, ausgl. dal. 1919; 20. Hugo Reiff, geb. in Stuttgart 1901, ausgl. dal. 1919; 21. Willi Müller, geb. in Stuttgart 1900, ausgl. dal. 1919; 22. Eugen Harr, geb. in Stuttgart 1900, ausgl. dal. 1919; 23. Robert Stern jun., geb. in Stuttgart 1899, ausgl. dal. 1917; 24. Frh. Strecker, geb. in Heilbronn 1901, ausgl. dal. 1919; 25. Ernst Wally, geb. in Stuttgart 1899, ausgl. dal. 1917; 26. Ernst Wally, geb. in Heilbronn 1901, ausgl. dal. 1919; waren noch nicht Mitglieder. — **G. Klein in Stuttgart,** Heußlestraße 54.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Zentrale: J. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schlebs

Einundvierzigster Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Bremen: Guthe jun., August. — Sollau: Mundshenk, O.
- II. Kreis. Coesfeld (Westf.): Gottlieb, Julius. — Gellenkirch: Blömeke, Jods. — Erier: Art, Chr., & Co.
- III. Kreis. Altdorf a. d. M.: Filders Kunstankast. — Darmstadt: Leinberger, A. — Bittel: Wagnerische Buchdruckerei Fr. Gerbold.
- IV. Kreis. Mörchingen a. d. F.: Wahl, Rich. — Stuttgart: Druckerei der Verkehrsankast.

V. Kreis. Neumünster: Wanner, Oskar. — Nürnberg: Kammerer, Hans. — Regensburg: Dirmair, Felix. — Schweinfurt: Sennfeld: Bayerische Papierwarenfabrik Karl Schmid.

VI. Kreis. Eisenach: Engelhardt, Gebr. — Halle an der Saale: Wolff, Emil, & Söhne. — Magdeburg: Buchdruckerei "Reform". — Sonneberg (S.-M.): Traulmann, Ph.

VII. Kreis. Chemnitz: Maß, Otto Paul. — Dresden: Gleicher, Hermann; Mener, Eduard. — Ebersbach i. S.: Buchdruckerei Gerhard Werner (Sinh. Ferdinand Sesse und Frh. Wernede). — Leipzig: Sprung, Karl. — Lengefeld i. Erzgeb.: Verlag der "Göthaer Zeitung". — Thum im Erzgebirge: Schanze, August, Nachf.

VIII. Kreis. Berlin: Querbach & Guffeld; Berger, Karl Emil; Ehardt, Karl; Handelsdruckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H.; Meyer & Co.; Palulcher, O.; Wiesmann, Rich. — Berlin-Lichtenberg: Lorich & Nachbar.

X. Kreis. Hamburg: Gravenhorst, Ernst.
XI. Kreis. Kottbus: Verlag der "Lausitzer Landeszeitung".

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurde gefolgt die Firma:

VIII. Kreis. Rudolph Herbig (Hausdruckerei) in Berlin.

Bekanntmachungen

Schiedsgerichte betreffend.

Bremen. Gehilfenwahl: Adolf Kurb (Horn-Webe bei Bremen, Schönau-Strasse 2), Vorsitzender; Friedrich Friedhoff, Friedrich Schick, Weißer; Oskar Endert, Dietrich Steinmetz, Stellvertreter.

Dortmund. Gehilfenwahl: August Schippers, Ackerstraße 24.

Billingen. Gehilfenwahl: Gustav Wehmann, Groner Landstraße 27.

Hannover. Gehilfenwahl: Gustav Pfingsten, Amienstraße 3, Erdg.

Wiesbaden. Gehilfenwahl: Heinrich Krauth, Dohbelmer Straße 98 II.

Arbeitsnachweise betreffend.

Kassel. Verwalter: Wilhelm Senkelmann, Wolfbager Straße 1a II.

Berlin, 17. April 1919.
J. A.: Paul Schlebs, Geschäftsführer.

Berufungskalender

Brandenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 15. Juni, vormittags, im Volkshaus in Brandenburg. Anträge bis 1. Juni an den Vorsitzenden.
Breslau. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung Mittwoch, den 21. Mai, in der Wilhelmshaus, Neudorfstraße. Anschließend daran Mitglieder-Versammlung.
Gera. Versammlung Sonntag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der "Ostvorläufigen Zentrale".
Münster i. W. Die für den 25. Mai angekündigte Bezirksversammlung wird verlegt werden. Dasselbe findet am 29. Mai (Simmelfahrt) in Münster statt.
Pforzheim. Versammlung Sonntag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im "Bahnhof".
Schweinfurt. Versammlung Sonntag, den 18. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in Nummer 1 Restaurant, Breslauer Straße.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Tariffragen (Schluß).
Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis: Sozialisierung der Presse.
Korrespondenzen: Barth. — Berlin (A.). — Brandenburg. — Buzlau. — Donaueschingen. — Essen. — Gotha. — Graubenz. — Großsch-Pegau-Zwenkau. — Jagen. — Seide. — Jena. — Köln. — Königsberg. — Landsbut. — Lübeck. — Lnd. — Münster. — Offenbach a. M. — Regenwalde. — Reutlingen. — Rostock. — Stendal. — Waldenburg.
Ausbau: Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat. — Buchdrucker im Kommunalrat. — Buchdrucker im Volkshaus. — Ferien für Verhänger. — Niedrige Handlungsweise eines Guttenbergbüblers. — Zur Mitarbeiterberechnung der Anzeigen. — Zeitungsergänzungen. — Vom Schriftverbanne deutscher Schriftsteller. — Ein Tarifsausschuss für die sächsische Presse. — Zur Versteuerung der Gewerkschaftsbeiträge und der Steuerungszulagen. — Der Aufstieg der Gewerkschaften. — Neue Steuerungszulagen im Malergewerbe.
Einundvierzigster Nachtrag zum Verzeichnisse der tariffreien Druckereien.

Glottler
Akzidenzsetzer
guter Entwerfer, mit hochqualifizierter, welcher befähigt ist, kleineren Betrieb technisch selbständig zu leiten, gesucht. Offerten mit Lebenslauf unter Nr. 756 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Jurischer
Für Komplettsätze gesucht. 1755
Ludwig Wagner, Schriftsetzer, Leipzig 3, Nabelbergerstraße 1a.

Junger, sächsischer
Schriftsetzer
an gewissenhaftes, flottes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung im In- oder Auslande. Off. Offerten an Theo Stif, Alet, Mehrstraße 22.

Junger
Schriftsetzer
firm im Akzidenz- und Setzungsgef, sucht Stellung
Off. Angebote unter Nr. 448 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Jüngerer, bestempfohlener
Linothpfezer
mehr. Praxis, flott u. korrekt an fämil. Systemen, sucht Stellung. S. Roland, Berlin S 59, Böhmlerstraße 8 II.

Buchgewerbliches Wissen Band 6/7:
Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten
Speziell für Lehrlings- und Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet, nebst einer Ordnung für die Gehilfenprüfungen. Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen Buchdruckervereins. Band 6: Der Schriftsetzer. Band 7: Der Drucker. Preis einhdt. Porto und Verpackung 3,50 Mk. pro Band.
Verlag Julius Müller, Pöhlischedonntormum 6621, Leipzig.

Schnelle Hilfe
bei Rheumatismus, Gicht, Nieren-, Gicht- und Gelenksentzündungen sowie allen rheumatischen Erkrankungen, erzielen Sie durch Einreibungen mit meinem Universalbalsam. Viele Pankr. Gl. 4 Mk. und 7,50 Mk. franko Nachnahme. Versand nur durch Laborat. Hermann Ernst, Abt. 32, Sterne 1, W. 1752

Ortsverein Osterode i. Dspp.
Sonntag, den 17. Mai:
Sehnhähriges Stiftungsfest
Sonntag, den 18. Mai:
Bezirksversammlung

Alle Bezirgsangehörigen und früher hier konditionierenden Kollegen laßet herzlich ein
Der Vorstand.

Beitenmaß mit sechs Einteilung. 50 Pf.
C. Frig, Mainz, Mainfr. 30

W. M. MATHAEUS
DESSAU
Zerbsterstr. 64
Preisliste fr.

Die Deutsche
Nationalversammlung
Lebensgang, Lebensart und Lebensziele ihrer Angehörigen nach eigenen Mitteilungen. Von Prof. Dr. Georg Meas. Preis 3 Mk. (Porto 15 Pf. abendert.) Die Bilder der Angehörigen sind feinstillich genau reproduziert. Zu beziehen durch Grap. Verlag A. Stegl, München 9, Stolmubststraße 1.

Gräpische Werkzeuge
sowie sämtliche Spezialwerkzeuge für Maschinenmeister
empf. in bester Qual. Kollege Max Vogt, Leipzig-Schleier, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis und franko. 1743

Am 7. Mai verschied unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
1750
Max Epsh
an einem Lungenerleid.
Wir werden sein Andenken stets in Herzen halten.
Die Kollegen der Firma
Gledede & Deurlent, Leipzig.

Am 7. Mai verstarb unser langjähriger MitglieB
1757
Paul Heine I
Wir werden des Verstorbenen stets ehrend gedenken.
Orts- und Bezirksvereine
Zaugen.

Am Montag, dem 5. Mai, verstarb nach langem, schwerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hat, unser lieber Kollege, der Gebr
1751

Artur Ebert
im 38. Lebensjahre.
Sein freundliches, kollegiales Wesen sichert ihm ein dauerndes Andenken.
Ortsverein Gäßlitz.

Am 5. Mai verstarb nach schwerem Leiden unser werter Kollege, der Schriftsetzer
1758
Gustav Rühlmann
im Alter von 58 Jahren.
Ein ehrenreies Andenken bewahrt ihm
1758
Das Personal der Schriftsetzerei Emil Gursch, Berlin.